54. JAHRGANG · NUMMER 3 · 15. JULI 2013 · EUR 2,00

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ DIE SCHLIESSUNG DES GRIECHISCHEN FERNSEH- UND RADIOSENDERS ERT

Eine neue Stufe der Eskalation

Am 11. Juni etwa gegen 18 Uhr verkündete der griechische Ministerpräsident Samaras völlig überraschend die sofortige Schließung des Radio- und Fernsehsenders ERT (Ellinikí Radiofonía Tileórasi). Um 24 Uhr des gleichen Tages sollten die Sendeanlagen abgeschaltet und die Beschäftigten entlassen werden. Gerüchte, ein solcher Schritt sei in Planung, wurden von Samaras noch am Tag vorher heftig dementiert. Da behauptete er noch, es ginge lediglich darum, den »aufgeblähten und überteuerten« Sender zurückzubauen, ihn mit 1.000 statt bisher mit 2.700 Beschäftigten zu betreiben.

Tatsächlich wurde der Sendebetrieb jedoch komplett abgeschaltet und die Gesellschaft ERT aufgelöst. Dies betraf drei nationale Fernsehprogramme, sieben nationale und neunzehn regionale Radioprogramme. Diese Nacht- und Nebelaktion bedeutet eine weitere Stufe der Eskalation bei der Durchsetzung der Spardiktate. Wie bei den Streikverboten für die Beschäftigten der Athener Metro, für Fährleute, Lehrerinnen und Lehrer haben auch in diesem Fall demokratische Rechte keine Bedeutung mehr. Die bürgerliche Demokratie wird immer weiter ausgehöhlt. So wurde die Schließung auch nicht durch ein Gesetz beschlossen, sondern durch einen Erlass der Minister, durch eine Art Notverordnung. Diese können nach der Verfassung aber nur erlassen werden »unter außergewöhnlichen Umständen einer dringlichen und unvorhersehbaren Notwendigkeit«. Im Falle der ERT dürften solche Umstände jedoch in keiner Weise gegeben sein. Samaras ging allerdings noch weiter und ließ die Verfügung nur von den Ministern seiner »Nea Dimokratia« (ND) unterschreiben. Die kleineren Koalitionspartner PASOK und DIMAR (»Demokratische Linke«) wurden gar nicht erst informiert. Dies war eine bewusste Provokation der Koalitionspartner. Diese forderten daraufhin die sofortige Wiedereröffnung des Senders und drohten mit dem Regierungsaustritt. Samaras verfolgte seinen Kurs aber unbeirrt weiter und ließ sich auch nicht durch ein zweischneidiges Gerichtsurteil davon abbringen. Lediglich DIMAR zog tatsächlich Konsequenzen und verließ die Regierung. PASOK forderte zwar immer noch den Weiterbetrieb des Senders, bekannte sich aber auch »unverbrüchlich« zur neu gebildeten Regierung. Die neue Zweierkoalition aus ND und PASOK hat im Parlament allerdings nur noch eine hauchdünne Mehrheit und bei umstrittenen Abstimmungen könnte die Regierung im Parlament ihre Mehrheit verfehlen. DIMAR hat versprochen, die die neue Koalition bei Abstimmungen zu unterstützen.

ERT: Teuer und aufgebläht?

Samaras gebärdete sich in der Begründung für die Schließung als Anwalt des »kleinen Mannes«: »Das griechische Volk bezahlt die ERT mit der Abzocke über die Stromrechnungen: rund 300 Millionen Euro im Jahr. Sie hat drei- bis siebenmal höhere Kosten als andere TV-Stationen und vier- bis sechsmal mehr Personal für eine sehr geringe Zuschauerquote«. Mit solchen Aussagen versuchte er an die Vorbehalte anzuknüpfen, die viele Menschen in Griechenland gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst haben. Der Schließung ging eine Kampagne voraus, die die ERT als zu teuer und als ineffizient darstellen sollte. So gab es Internetseiten, auf denen die hohen Gehälter führender ERT-Angestellten eingesehen werden konnten. Allerdings waren es die Regierenden selbst, die diese Leute einstellten, um ihre Positionen im Sender durchzusetzen. Die ERT war noch viel stärker als unsere Sendeanstalten ein Sprachrohr der Regierungen, und mit jedem Regierungswechsel wurden neue hochbezahlte Parteigänger der Wahlgewinner eingestellt. Lediglich in Nischenbereichen wie dem Kulturprogramm konnten auch linke Journalistinnen und Journalisten berichten. Die Regierung stellt es in ihrer Propaganda so dar, als lebten alle ERT-Angestellten in Saus und Braus. Eine Journalistin empört sich über eine Aussage des Regierungssprechers: »Der hat doch tatsächlich gesagt: ‚The party is over' – aber es war ja ihre Party! Seit diese Regierung an der Macht ist, haben sie teure Programme eingekauft, ihre eigenen Leute reingedrückt, dreißig bis vierzig Berater angeheuert, die 4.000 Euro pro Monat verdienten, während… wir mit 1.000 Euro entlohnt werden. Wie kann er uns vorzuwerfen wagen, dass wir hier eine Party hatten?« (Niels Kadritzke, NachDenkSeiten, 14.6.2013).

Der Personalbestand des Senders wurde in den letzen drei Jahren bereits von 4.700 auf 2.700 Stellen reduziert und die Gehälter um dreißig bis vierzig Prozent gedrückt (Süddt. Zeitung, 19.6.2013). Im Vergleich mit anderen staatlichen oder öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wirken diese Zahlen keineswegs überhöht. So hat der Hessische Rundfunk etwa 1.900 Angestellte bei nur einem Fernsehprogramm und insgesamt sechs Radioprogrammen. Der HR verfügt über ein Budget von 390 Mio. Euro, während die ERT jährlich Ausgaben in Höhe von 200 Mio. Euro hatte. Und diese wurden nicht aus dem Staatshaushalt finanziert, sondern aus Werbeeinnahmen und durch Gebühren von monatlich 4,30 Euro, die über die Stromrechnung abgezogen wurden. Überteuert wirkt die ERT allenfalls im Vergleich zu den griechischen Privatsendern, die ein völlig anspruchsloses Programm erstellen und über hohe Werbeeinnahmen verfügen.

Besetzung und breite Solidarisierung

Obwohl die ERT weder bei der Bevölkerung noch bei den Linken beliebt war, gab es eine breite Solidarisierung. Schon am Abend versammelten sich vor dem Gebäude der Anstalt viele Tausend Menschen, um gegen den Beschluss zu protestieren.

Durch die Dreistigkeit des Vorgehens wurde die Schließung als eine neue Qualität der Angriffe verstanden. Auch Menschen, die dem Sender mit großer Skepsis gegenüber stehen, solidarisierten sich. Sie lehnten einerseits die Politik der Ministerialerlasse als undemokratisch ab, und der staatliche Rundfunk wird gegenüber den privaten Sendern, die meist Reedern und anderen finanzstarken Personen gehören, immer noch als das kleinere Übel eingeschätzt. Die Ankündigung, dass ausgerechnet Samaras und seine ND einen neuen, besseren politisch unabhängigen Sender installieren wollen, wurde als völlig unglaubwürdig eingeschätzt.

Die ERT-Beschäftigten selbst waren überrascht vom Zuspruch, den sie erhielten. Zu dieser Unterstützung trug auch bei, dass der Ministererlass erst einmal ins Leere lief. Die Angestellten gingen nach der Entlassung nicht nach Hause, besetzten das Gebäude und produzierten weiterhin ein Fernseh- und Radioprogramm, das sich anfangs vor allem mit der Schließung und den Solidaritätsaktionen befasste. Diese Programme wurden als Zeichen der Solidarität von anderen Sendern übernommen. Die KKE, die Kommunistische Partei Griechenlands, verfügt über einen eigenen Fernsehsender, welcher das Fernsehprogramm übernahm. Viele Radiosender linker Parteien und Gruppen, aber auch viele unabhängige lokale Sender übernahmen als Zeichen des Protests Radiosendungen der ERT. Die Sendungen wurden sogar von der European Broadcast Union, dem Verband der öffentlichen Rundfunksender Europas, übernommen und über Satellit ausgestrahlt. Die Regierung drohte allen griechischen Sendern mit Lizenzentzug, falls sie weiterhin das ERT-Programm übertragen. Die meisten senden daher wieder ihr eigenes Programm. In zahllosen Internetportalen ist das Programm der ERT als Livestream aber immer noch zu empfangen.

Viele Künstler unterstützen die ERT, indem sie im oder vor dem Gebäude Konzerte geben, die direkt übertragen werden; am Samstag nach der verfügten Schließung spielten alle Orchester Athens im Sendesaal der ERT.

Das Programm der besetzten ERT wird von vielen Menschen als attraktiver angesehen als das Programm vor der Schließung. Viele Journalistinnen und Journalisten genießen auch die neue Freiheit. Sie wollen nicht nur für die Wiedereröffnung der ERT kämpfen, sondern auch für eine größere Unabhängigkeit von der Regierung. Dies führt zu Konflikten vor allem mit leitenden Redakteuren, denen es darum geht, den alten Zustand wieder herzustellen.

Die breite Unterstützung wird auch deutlich im Aufruf des Gewerkschaftsdachverbandes GSEE zu einem Ge-

INHALT · Heft Nr. 3 / Juli 2013 · Jg. 54

Korrespondenz: Eindrücke einer gewerkschaftlichen Delegation bei einem Besuch der ERT 4

Die Bedingungen des Widerstandes in Griechenland 5

Appell an die Solidarität: Seid ihr bereit? 11

Widerstand gegen Zwangsräumungen in Spanien 13

Zypern am Abgrund 16

Niedriglöhne in Deutschland: Mehr als ein Fünftel ist abgehängt 19

Lohntarifrunde 2013 bei Post 25

Naziaufmärsche am 1. Mai im Rhein-Main-Gebiet 27

Internationale Solidarität am 1. Mai in Berlin 31

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

neralstreik zwei Tage nach der Verfügung. Dieser wurde vor allem in staatlichen Betrieben stark befolgt, da hier die Angst vor einem ähnlichen Schicksal weit verbreitet ist.

In verschiedenen Meinungsumfragen sprechen sich 64 bis 68 Prozent der Bevölkerung gegen das Vorgehen von Samaras aus. Mit einer so breiten Ablehnung hatte er wohl nicht gerechnet. Es ist ihm zwar gelungen, die PASOK auf Linie zu bringen, aber die Drohung, das Gebäude der ERT zu räumen, wurde bisher noch nicht umgesetzt. Der Kampf gegen die Schließung der ERT ist ein Ereignis, das viele oppositionelle Kräfte zusammengebracht hat, und die polizeiliche Räumung könnte heftige Proteste auslösen.

Welche Absichten hatte Samaras?

Die ERT-Schließung ist auch im Zusammenhang mit dem von der Troika angeordneten Abbau von 4.000 Stellen im Öffentlichen Dienst zu sehen. Seitens der Troika hatte es immer wieder Kritik an der zögerlichen Umsetzung der Sparbeschlüsse für den Öffentlichen Dienst gegeben. Mit dem Abbau von 2.700 Stellen beim ERT wäre also ein großer Teil des Ziels schon erreicht (ERT-Angestellte sagten allerdings, ihre Arbeitsplätze gehörten nicht zum Öffentlichen Dienst im engeren Sinne und zählten deshalb hier nicht mit).

Samaras konnte sich durch diesen Schritt auf jeden Fall gegenüber der EU und der Troika als entschiedener Sanierer darstellen und dort wurde sein Vorgehen auch honoriert: Die EU-Kommission teilte mit, sie habe die Schließung des ERT nicht verlangt, aber sie bestreite auch nicht »die Befugnis der griechischen Regierung, den öffentlichen Sektor zu regeln«. Und Bundeskanzlerin Merkel lobte die »Reformbereitschaft« von Samaras, ohne auf das Problem der überfallartigen Schließung des Senders einzugehen.

Samaras´ Partei, die Nea Dimokratia, würde nach neueren Meinungsumfragen bei Neuwahlen stärkste Partei werden. Die PASOK hingegen müsste mit weiteren Einbußen rechnen. Samaras wollte diese Konstellation nutzen, um seine Koalitionspartner unter Druck zu setzen und eine schärfere Gangart bei der Privatisierung von Staatsbetrieben und beim Abbau von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst durchzusetzen. Aus Angst vor Neuwahlen konnte die PASOK dem nichts ernsthaft entgegensetzen. Sie hätte weitere Parlamentssitze verloren. Langfristig könnte ihr dieses Nachgeben aber noch größeren Schaden zufügen: Der öffentliche Dienst ist eine Hochburg der PASOK und die dort von Entlassung oder Privatisierung bedrohten Menschen müssen nun erkennen, dass sie sich auf diese Partei nicht verlassen können. Die Partei hat sich die Linie der ND zu eigen gemacht, die eine neue Gesellschaft mit maximal 1.000 Beschäftigten gründen will. Wie und wann diese Absicht umgesetzt werden soll, ist allerdings noch weitgehend unklar.

Ministererlasse wie der gegen die ERT müssen nach der Verfassung innerhalb von vierzig Tagen nachträglich vom Parlament gebilligt werden. Ohne PASOK hätte Samaras in dieser Frage keine Mehrheit. Interessant ist deshalb, wie sich die Abgeordneten der PASOK in dieser Frage verhalten werden.

Samaras konnte in diesem Fall aus einer Position der Stärke verhandeln. Zwar wären Neuwahlen keineswegs im Sinne der Troika gewesen, die sich vor allem Ruhe im Land wünscht, doch standen sie gegenüber der PASOK als Drohung im Raum. Es gab auch Gerüchte, Samaras hätte für diesen Fall bereits Verhandlungen mit der faschistischen Partei »Goldene Morgenröte« über eine mögliche Tolerierung geführt. Die Faschisten sind im Parlament die einzige Partei, die Samaras in seinem Vorgehen gegen die ERT unterstützt. 29.6.2013 ■

Solidarität mit den Beschäftigten des griechischen Fernseh- und Radiosenders ERT

Am 11.6.2013 beschloss die griechische Regierung überraschend, die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt zu schließen. Dies geschah in der Form eines Ministererlasses unter Umgehung des Parlaments. [...] Die ver.di-Betriebsgruppe T-Systems Darmstadt verurteilt dieses Vorgehen der Regierung. Wir sehen darin einen unvergleichlichen Angriff auf die Pressefreiheit. [...] Das Vorgehen der Regierung, die Rechte des Parlaments außer Kraft zu setzen, erinnert uns an die Politik der Notverordnungen am Ende der Weimarer Republik in Deutschland (1931 – 1933). Dadurch wurden demokratische Rechte außer Kraft gesetzt und dem Faschismus der Weg bereitet. Wir unterstützen daher den Kampf der ERT-Beschäftigten und fordern die Rücknahme des Erlasses und den Erhalt der Arbeitsplätze. Die Schließung des Senders ist nicht zu verstehen ohne auch die Politik der Spardiktate zu betrachten. [...] Diese Politik führte in Griechenland zu einer Zerstörung des sozialen Gefüges und bedroht immer mehr die Rechte der Arbeitnehmer/innen. Wir werden daher unsere Kolleginnen und Kollegen über die Folgen dieser Politik informieren und in Deutschland für einen Kurswechsel eintreten.

Mit solidarischen Grüßen / Solidarity greetings

Eindrücke einer gewerkschaftlichen Delegation bei einem Besuch der ERT

Vom 8. bis zum 13. Juni war eine Gruppe des DGB-Stadtverbandes Darmstadt in Griechenland. Ziel war zuerst Distomo, wo sie am 10. Juni an den Gedenkfeiern zum Jahrestag des Massakers der SS teilnahmen. In Livadia besuchten wir das dortige Arbeiterzentrum und übergaben die in Darmstadt bei einem Solidaritätskonzert, am 1.Mai und bei anderen Gelegenheiten gesammelten Spenden.

Am 11. Juni kamen wir auf unserem Rückweg in Athen an. Um ca. 17 Uhr gab die Regierung überraschend bekannt, dass um Mitternacht des gleichen Tages die Sendeanlagen der öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt ERT abgeschaltet werden sollten.

Über Internet und in den verbliebenen Sendungen der ERT wurde dazu aufgerufen, sich aus Protest vor dem Gebäude der Anstalt zu versammeln. Wir kamen gegen 22.30 Uhr vor dem Gebäude an. Viele Menschen hatten sich auf dem Gelände der Anstalt und auf der Straße davor versammelt. Die vierspurige Straße, die an dem Gebäude vorbeiführt, war bereits gesperrt. Der Zustrom wurde immer stärker und es gab bald ein dichtes Gedränge. Vertreten waren alle wichtigen linken Organisationen (KKE, Syriza, Antar. sia). Anwesend waren aber auch Mitglieder und Sympathisanten bürgerlicher Parteien und Organisationen die den Sparkurs ablehnen, wie etwa die »Unabhängigen Griechen«. Für Empörung sorgte nicht nur die Schließung des Senders an sich, sondern auch die Art und Weise wie sie durchgesetzt wurde: Als Ministererlass, unter Umgehung nicht nur des Parlaments, sondern auch der kleineren Koalitionspartner PASOK und DIMAR.

Die entlassenen Angestellten blieben im Sender, besetzten das Gebäude und produzierten weiter ein Programm, das sich vor allem mit der Schließung und den Protesten dagegen befasste. Noch vor 24 Uhr, dem Zeitpunkt der Abschaltung, wurde bekannt gegeben, dass Antenne 902, der Fernsehsender der KKE, das Programm der ERT übernehmen wolle. So konnte das Programm weiter empfangen werden, obwohl vom Staat die Sendeanlagen abgeschaltet wurden. Viele lokale, unabhängige Radiostationen übertrugen die Radioprogramme der ERT. Die Beschäftigten der ERT konnten also weiterhin ein Programm produzieren und es wurde über andere Sender oder im Internet verbreitet. Es gab viele Redebeiträge und in Erinnerung an die Militärdiktatur von 1967 bis 1974 wurde die Regierung immer wieder als »Junta« bezeichnet. Ein Begriff, der auch in Gesprächen mit Protestierenden immer wieder benutzt wurde. Unter den Anwesenden herrschte eine ausgesprochen kämpferische Stimmung; immer wieder wurden auch Partisanenlieder angestimmt. Schließlich wurde der Aufruf der Journalistengewerkschaft zu einem Streik am folgenden Tag bekanntgegeben.

Am nächsten Tag gingen wir nachmittags wieder zur ERT und suchten im Gebäude nach möglichen Gesprächspartnern. Die ERT-Beschäftigten zeigten sich selbst überrascht vom Zuspruch, den sie aus anderen Bereichen erhielten. Schließlich gab es zuvor eine Kampagne gegen den »aufgeblähten und überteuerten« Sender. Die Angestellten waren empört über die plötzliche Schließung des Senders. So etwas könne es in keinem anderen Land Europas geben. Nicht einmal beim Militärputsch 1967 oder bei der Invasion deutscher Truppen 1941 sei ein Sender komplett abgeschaltet worden.

Als Deutsche, die nicht in »feindlicher Absicht« kommen, waren wir jedoch selbst sehr gefragte Gesprächspartner und mussten mehr Auskunft geben, als wir Auskunft erhielten. Es gab Fragen der Journalistenzeitung an uns und schließlich wurden wir zu einem Liveinterview ins Sendestudio gebeten. Ein Vertreter unserer Gruppe erklärte, weshalb wir nach Griechenland gekommen waren, dass wir die Politik der Bundesregierung ablehnen, die Schließung des Senders verurteilen und in Deutschland über die Zustände in Griechenland berichten wollen. Das Interview wurde von den anwesenden Kameraleuten und sonstigen Beschäftigten sehr positiv aufgenommen. Unterstützung aus Deutschland wird nicht erwartet und zählt deshalb umso mehr.

In Gesprächen mit den Beschäftigten erfuhren wir, dass die Gewerkschaft im Betrieb die Interessen der Belegschaft nur unzureichend vertritt. Sie seien zu stark mit den Parteien verbunden. Es gebe daher seit längerer Zeit Vollversammlungen der Beschäftigten, um über ihre Angelegenheiten zu entscheiden. Diese Vollversammlungen wählten ein Komitee, das für die Umsetzung der Beschlüsse zuständig sei. Im Komitee seien zwei Vertreter der Gewerkschaft, die dafür sorgten, dass die Gewerkschaft die Beschlüsse der Vollversammlung übernehme. Denn nur die Gewerkschaft habe das Recht, Abkommen mit dem Arbeitgeber zu schließen. Durch die rasante Entwicklung hätten viele Gewerkschaftsvertreter den Bezug zu ihrer Partei verloren. Für die bevorstehenden Wahlen zu den Gewerkschaftsvertretungen wurde ein Rückgang des Parteieneinflusses erwartet.

Es wurde deutlich, dass viele der Angestellten große Hoffnungen in die deutschen Bundestagswahlen vom September setzen. Eine Journalistin meinte, mit der Selbstkritik des IWF bezüglich der Griechenlandrettung sei die Möglichkeit einer Abkehr vom strikten Sparkurs möglich geworden, und ein Wahlsieg von Rot-Grün in Deutschland könne diesen Kurs verstärken und eine eher keynesianische Politik durchsetzen.

Für den 13. Juni rief schließlich der gewerkschaftliche Dachverband GSEE zum Generalstreik auf. Um elf Uhr sollte die Kundgebung vor dem Gebäude der ERT beginnen. Als wir (pünktlich) ankamen, waren dort weniger Menschen versammelt als in den Tagen zuvor. Das Firmengelände und die Straße davor füllten sich immer mehr. Schließlich kam ein Zug der PAME, die in der Nähe eine eigene Auftaktkundgebung hatten. Sie zogen anschließend in einem langen Zug zum ERT und nahmen an der dortigen Kundgebung teil.

Nach Zeitungsberichten wurde der Streik vor allem im öffentlichen Sektor befolgt. Hier stehen weitere Entlassungen und Privatisierungen im großen Umfang an. Die eigenen Probleme spiegeln sich daher in der Schließung der ERT wider. Am Rande der Kundgebung sprachen wir mit einem Vertreter der Gewerkschaft »Buch und Papier«, die die Beschäftigten in Verlagen und Buchhandlungen vertritt. Er meinte, aus dem Bereich seiner Organisation seien sicher nur wenige am Streik beteiligt, da die Zeit zur Mobilisierung zu kurz gewesen sei.

Mitglieder der griechischen Delegation auf der »Revolutionären 1. Mai Demonstration« in Berlin Foto: Umbruch Bildarchiv

■ GEDANKEN UND SCHLUSSFOLGERUNGEN NACH DEM BESUCH UND GEGENBESUCH:

Die Bedingungen des Widerstandes in Griechenland

Die Entwicklung seit der Griechenlandreise im September 2012, die Vorträge und Aussagen während des Gegenbesuches in der Woche des 1. Mai 2013 lassen einen genaueren Blick auf die Bedingungen zu, unter denen in Griechenland der Klassenkampf und der Widerstand gegen die Diktate der Troika stattfindet. Ich hatte Gelegenheit an der Reise teilzunehmen als auch den Gegenbesuch zu begleiten. Hier nun meine vorläufige Bilanz.

Zunächst zurück zu unseren Reiseeindrücken. Was ich mit eigenen Augen glaubte wahrgenommen zu haben: Ein weiteres Memorandum verträgt die griechische Gesellschaft nicht mehr, so auch die Aussagen unserer Kontakte in Athen und Thessaloniki. Die Regierung (innere Troika) werde Schwierigkeiten bekommen, das von der EU geforderte dritte Memorandum vom Parlament absegnen zu lassen und umzusetzen. Was die erste Einschätzung betrifft, so bewahrheitet sie sich in tragischer Weise immer deutlicher. Die soziale Verwüstung und das Elend schritten und schreiten weiter voran, wovon die zahlreichen Meldungen über hungernde Kinder, ungeheizte Klassenzimmer etc. zeugen. Die Berichte während des Gegenbesuches haben diese Eindrücke und Einschätzungen bestätigt und verdeutlicht. Die zweite Einschätzung, die griechische Regierung werde angesichts des Zerfalls der sozialen Strukturen über keine lange Lebensdauer verfügen, erwies sich – zumindest bis heute – als Fehleinschätzung. Zwar hat DIMAR nach den Auseinandersetzungen um die griechische Fernseh- und Rundfunkanstalt ERT die Koalition verlassen, ND und PASOK verfügen aber noch über eine parlamentarische Mehrheit. Um Neuwahlen zu verhindern, hat DIMAR angekündigt, die Regierung durch ihr Abstimmungsverhalten notfalls zu stützen.

Hier nun die Fakten, wie sie sich einem Betrachter von außen über die Berichterstattung entnehmen lassen. Die mit der Verabschiedung des dritten Memorandums stattgefundenen Streiks und Demonstrationen erreichten längst nicht mehr den Umfang und die Beteiligung der vorangegangen zwei Jahre bei der Verabschiedung von Memorandum 1 und 2 und vor allem bei der spontanen Besetzung des Syntagma-Platzes und der Belagerung des Parlaments. Eine Folge der Ernüchterung über die Erfolglosigkeit der bisherigen Proteste, die zu keinerlei Nachgeben seitens der äußeren und inneren Troika geführt haben. Jedenfalls konnte die Regierungskoalition Memorandum 3 verabschieden, wenn auch ihre parlamentarische Mehrheit zusammenschmolz. Seither hat es eine Verschärfung der repressiven Maßnahmen gegenüber dem Widerstand und den Gewerkschaften gegeben, auf die ich später noch zurückkommen werde.

Geschlagene und machtlose Gewerkschaften

Nach Aussagen von Yannis seien die Gewerkschaften in Griechenland machtlos und werden auf die weitere Entwicklung keinen Einfluss mehr nehmen können. Die Privatwirtschaft sei gekennzeichnet durch überwiegend Klein- und Mittelbetriebe (5 – 20 Beschäftigte). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liege gerade mal bei 7%. Wer dort streike, der fliege raus. Sieht man von Einzelbeispielen ab (z.B. Aluminiumhütte), gäbe es keine Tarifverträge mehr.

Angesichts der Struktur der Privatwirtschaft in Griechenland hatten die allgemeinverbindlichen Flächentarife für die Beschäftigten eine wichtige Schutzfunktion. Durch Beschluss von Regierung und Parlament verloren schon vor zwei Jahren die Tarifverträge ihre Bindungswirkung, wenn sie ausgelaufen waren. Zugleich wurde den

Gewerkschaften per Gesetz untersagt, Verträge mit Lohnerhöhungen abzuschließen, solange die Arbeitslosigkeit nicht unter 10% gesunken ist. Inzwischen wurden die kollektiven Tarifverträge durch betriebliche Vereinbarungen oder – das dürfte in der Mehrzahl der Betriebe der Fall sein – durch Individualverträge ersetzt. Denen wird auch gesetzlich Vorrang eingeräumt. Der Regierung ist es im Auftrage der Troika gelungen, die Tarifbindung zu beseitigen. Die Gewerkschaften, deren Hauptaufgabe innerhalb der bestehenden kapitalistischen Ordnung die Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen ist, wurden damit ausgeschaltet. Sie haben für die Beschäftigten zur Sicherung ihrer materiellen Interessen keine Funktion mehr. Die Beschäftigten sehen sich zurückversetzt in Zeiten, in denen sie um das Recht auf eine kollektive Interessenvertretung, sprich die Anerkennung von Gewerkschaften und Tarifverträgen, kämpfen mussten.

Im öffentlichen Sektor liege der Organisationsgrad zwischen 80 und 90%. Aber dort diktiere der Staat die Löhne. Die Aufrufe der Gewerkschaftsführung zu den zahlreichen eintägigen Generalstreiks hätten nur das Ziel gehabt, Dampf aus dem Kessel zu lassen. Ohne greifbares Ergebnis hätten sie für die Teilnehmer nur Lohneinbußen gebracht. Mit der Forderung nach einem einwöchigen Streik konnte sich die Betriebsgewerkschaft der Aluminiumhütte nicht durchsetzen. Die Vorstände haben kein Interesse, sich mit der Regierung ernsthaft anzulegen, so Yannis Aussagen.

Das dürfte niemanden verwundern, werden doch die Gewerkschaftsfunktionäre auf der Regional-, Branchen- und nationalen Ebene vom Staat bezahlt. Der Einfluss der normal arbeitenden Menschen/Mitglieder auf die gewerkschaftlichen Führungsgremien ist also noch geringer als bei uns in Deutschland. Der mangelnde Einfluss der Basis auf die gewerkschaftlichen Gremien ist allerdings nur eines der Probleme, denen sich die Lohnabhängigen gegenübersehen. Es ist die grundsätzliche Ausrichtung der Gewerkschaften selbst, ihre praktische Beschränkung auf das Tarifwesen, d.h. die Regelung von Löhnen und Arbeitsbeziehungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die sie in der Krise wehrlos machen.

Die wirtschaftliche Depression, in der sich Griechenland seit über fünf Jahren befindet, macht jede auch nur halbwegs erfolgreiche Tarifpolitik zunichte. Dem wichtigsten gewerkschaftlichen Kampfmittel, der kollektiven Verweigerung der Arbeitskraft, wird durch die Krise seine ökonomische Wirkung genommen. Zehntausende Betriebe wurden geschlossen oder kämpfen ums Überleben, Hunderttausende Beschäftigte erhalten seit Monaten keinen Lohn mehr, ein Drittel der Bevölkerung ist arbeitslos und zunehmend bereit, Arbeit zu fast jeder Bedingung anzunehmen. Den daraus resultierenden Problemen kann keine Organisation auf rein gewerkschaftlicher Ebene begegnen. Diese Erfahrung musste auch die PAME machen, eine KKE nahe Gewerkschaft. Die gibt sich zwar radikaler und konsequenter, musste aber den Arbeitskampf im Stahlwerk Elliniki Chalywurgia nach über einem halben Jahr ohne Ergebnis abbrechen. Vom materiellen Ergebnis her steht die PAME genauso nackt da, wie die Systemgewerkschaften, in deren Führungsgremien die Funktionäre aus der ND und vor allem der PASOK das Sagen haben.

»Solidarity for all« – ein Netzwerk der Selbsthilfe und des Widerstandes

Angesichts der Machtlosigkeit der Gewerkschaften und der System stabilisierenden Politik der Dachverbände fällt den zahlreichen Selbsthilfeinitiativen eine wichtige Aufgabe zu. Bei unserem Besuch im September konnten wir einige dieser Projekte besuchen. Manche waren schon vor der Krise aktiv, beispielsweise in der medizinischen Versorgung von Flüchtlingen. Der überwiegende Anteil allerdings ist ein Produkt des in den letzten Jahren rasant gewachsenen Elends in der griechischen Gesellschaft. Im September 2012 erfuhren wir über die Bemühungen zur Vernetzung der Selbsthilfeprojekte. *Der Ausbau der Projekte und deren Vernetzung sei ein Wettlauf mit der Zeit gegen den wachsenden Einfluss der faschistischen »Chrysi Avgi« (CA, Goldene Morgenröte), so die Aussage von Christos damals.* Während des Gegenbesuches, durch die Berichte und Gespräche, wurde mir erst die Bedeutung der damaligen Aussage richtig bewusst. Auf der einen Seite die Berichte von Yannis über die Hilf- und Machtlosigkeit der Gewerkschaften und die schändliche Rolle ihrer Dachverbände, auf der anderen Seite die enorme Zunahme der Selbsthilfeprojekte. Inzwischen gibt es die Vernetzung unter dem Namen »Solidarity for all«, dem mehr als 250 Initiativen im ganzen Land angehören. Die Gäste aus Griechenland ermöglichten uns einen konkreten Einblick in die Arbeit des Netzwerkes und einzelner Projekte.

Eva, Theodoris und Vassilis aus Thessaloniki berichteten nicht nur über ihre konkrete Arbeit in der »Gesundheitspraxis der Solidarität«. 200 Personen arbeiten dort ehrenamtlich, meistens in ihrer Freizeit. Sie können die verschie-

αλληλεγγύη για όλους!

Solidarität für Alle!

www.solidarity4all.gr

E-Mail: international@solidarity4all.gr

Solidarität ist die Macht der Völker!

für eine internationale Solidaritätskampagne mit der griechische Bevölkerung

Nein!" (Sommer 2011, Besetzung des Syntagmaplatzes)

densten medizinischen Fachbereiche abdecken, verfügen darüber hinaus über ein Netzwerk von niedergelassenen als auch in Krankenhäusern tätigen Ärzten und von Laboren, die ihnen zuarbeiten. Die geleistete Hilfe sei Voraussetzung für die Akzeptanz in der Bevölkerung. Sie sehen sich allerdings nicht als humanitäre Organisation, sondern in erster Linie als politisches Projekt. Sie könnten die fehlende staatliche Gesundheitsvorsorge gar nicht ersetzen – das wäre angesichts der Misere unmöglich – und wollten dies auch nicht. Die Solidaritätspraxis diene auch dazu, politischen Druck aufzubauen zur Durchsetzung der Forderung nach einer kostenlosen medizinischen Versorgung aller in Griechenland lebenden Menschen durch den Staat. Dem dienten ihre Aktionen, beispielsweise die öffentlichkeitswirksamen, demonstrativen Besuche in Krankenhäusern. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Projekte sei die Aktivierung der Hilfesuchenden, um die zunehmende Lethargie und Lähmung zu überwinden – beispielsweise durch die Einbindung von Hilfesuchenden und Sympathisanten in die Organisierung als auch die politische Arbeit des Projektes. So gehören zur Arbeit der Selbsthilfeinitiative auch die regelmäßig stattfindenden Vollversammlungen, auf denen sowohl über alle wichtigen praktischen Belange der Gesundheitspraxis diskutiert und beschlossen werde als auch über die politischen Aktionen.

In Livadia, der Region mit dem größten Industriebetrieb Griechenlands, der Aluminiumhütte, bietet z.B. das Arbeiterzentrum (der Zusammenschluss der regionalen Gewerkschaften) die unterschiedlichsten sozialen Hilfsleistungen an – in der Gesundheitsvorsorge, in der Ernährung durch kostenlose oder billigere Lebensmittel, in der Bildung durch die unentgeltliche Nachhilfe für Schüler usw. Wie uns Yannis berichtete, sorgen sie auch dafür, dass Familien, denen wegen nicht gezahlter Rechnungen für Energie und Wohnraumsteuer die Stromlieferungen gekappt wurden, wieder illegal an das Netz angeschlossen werden.

Die aus der Not ums tägliche Überleben geborenen Projekte wurden zu Sammelpunkten von Menschen, die politisch Widerstand leisten wollen. Sie erreichen über die praktische Solidaritätsarbeit ein sehr breites Spektrum der Bevölkerung in ihren Regionen und Stadtteilen, was Gewerkschaften oder einzelnen linken Organisationen nicht möglich ist.

Mit Erstaunen hatten wir im September 2012 auf einer Streikkundgebung den Bericht eines Kollegen der Athener Metro zur Kenntnis genommen. Er schilderte, wie er auf der Straße von Erwerbslosen wegen des Arbeitskampfes beschimpft worden sei. Er hätte doch als Beschäftigter des öffentlichen Dienstes noch ein sicheres Einkommen – sie hätten überhaupt nichts mehr. Argumente, die uns aus Deutschland bekannt waren. Die Verelendung breiter Bevölkerungskreise führt nicht automatisch zum gemeinsamen Widerstand. Auch innerhalb der Lohnabhängigen wächst mit der Krise die soziale Differenzierung, z.B. die Kluft zwischen Arbeitenden und Erwerbslosen, zwischen den noch relativ sicheren Beschäftigten im Staatsdienst und denen in der Privatwirtschaft.

Die Selbsthilfeprojekte und deren Vernetzung können zur Überwindung dieser Segmentierung und Spaltung beitragen. Sie bieten vor allem jenen, die völlig aus der sozialen Sicherung und aus ihren sozialen und kollegialen Zusammenhängen heraus gefallen sind, eine Möglichkeit, kollektiv für die eigenen Interessen einzutreten. »Vier Jahre Widerstand und Solidarität: Niemand wird in der Krise allein gelassen!«, lautet eine der Losungen des Netzwerkes. Die mit zunehmender Perspektiv- und Hilflosigkeit einhergehende Passivität und Individualisierung schaffen den Nährboden, auf denen reaktionäres und faschistisches Gedankengut wächst und das der »Goldenen Morgenröte« Zulauf verschafft hat. Dagegen leistet die Selbsthilfebewegung einen wichtigen Beitrag.

Zwar wird das Netzwerk selbst überwiegend durch Gelder von SYRIZA finanziert, deren Abgeordnete 2.000 Euro von ihren monatlichen Diäten dafür zur Verfügung stellen. Ihrem Charakter nach aber sind die Selbsthilfeprojekte überparteiliche Einrichtungen. *»Die wichtigste Basis dieser Projekte ist die Nachbarschaft und deren Organisierung in offenen Versammlungen, an der sowohl die OrganisatorInnen einer Struktur als auch die Menschen, an die sich eine Struktur wendet, teilnehmen. Das Element der Partizipation und Selbstorganisation der direkten Betroffenen ist eines der hauptsächlichen politischen Ziele der Solidaritätsbewegung. Es ist kein Zufall, dass ein großer Teil derer, die sich an diesen Strukturen beteiligen, arbeitslose Männer und Frauen, sowie RentnerInnen, verarmte kleine Geschäftsleute, Menschen aus den unteren Mittelschichten oder prekär Beschäftigte sind. Ein informelles Netzwerk ist aus den verschiedenen Solidaritätsstrukturen hervorgegangen. Sie vernetzen sich entweder auf der Basis ihrer geographischen Nähe oder auf der Basis ihrer Tätigkeit (bspw. Netzwerke der Gesundheitseinrichtungen), um ihre Effizienz zu erhöhen. Eine jüngere Entwicklung ist die Initiative der Gewerkschaften, ihre eigenen Solidaritätsstrukturen für Gewerkschaftsmitglieder aufzubauen. Diese Verbindung zwischen der Solidaritätsbewegung und den Gewerkschaften kann, obwohl sie viel zu spät kommt, der Bewegung eine neue Perspektive und Dynamik verleihen und den Ausgang der sozialen und politischen Kämpfe in Griechenland entscheidend beeinflussen.«* (Selbstdarstellung: www.solidarity4all.gr)

Für mich stellt sich in diesem Zusammenhang eine weitere Frage: Kann das Netzwerk auch dabei helfen, die tiefen Gräben zwischen den linken Parteien und Organisationen zu überwinden angesichts einer zunehmend repressiveren Regierungspolitik und dem wachsenden Einfluss reaktionärer und faschistischer Kräfte? Wachsen hier Keime einer Einheitsfront, die auf die Politik und Taktik von beispielsweise SYRIZA und KKE oder dem anarchistischen und linksradikalen Spektrum Einfluss nehmen können?

Zur innenpolitischen Situation: Der alltägliche staatliche Rassismus

Ministerpräsident Samaras und sein politisches Umfeld (Freunde und Berater) gehören dem rechten Flügel der ND an. Die Grenzen gegenüber reaktionären (den rechtspopulistischen Unabhängigen Griechen) und faschistischen Parteien (Goldene Morgenröte) sind dabei fließend. Mit ihrem Eintritt in die Regierungskoalition verschafften PASOK und DIMAR der Regierung Samaras zwar eine parlamentarische Mehrheit zur Durchsetzung der Troika-Auflagen, ihr Einfluss auf die Regierungspolitik bleibt aber unbedeutend. Eine eigenständige Rolle in der innenpolitischen Zuspitzung können sie nicht mehr spielen. Das drückt sich auch in den Wahlumfragen aus, bei denen sie ständig an Zuspruch verlieren. Nach jüngsten Meinungsumfragen dürfte sich der Stimmenanteil der PASOK (12,3 Prozent bei der Wahl im Juni 2012) noch einmal halbieren und DIMAR muss fürchten, an der 3%-Hürde zu scheitern.

Eine der ersten Maßnahmen nach Regierungsantritt war die unter dem zynischen Namen »Gastfreundlicher Zeus«, durchgeführte Razzia. Mehrere tausend Flüchtlinge wurden von der Polizei aufgegriffen, zum Teil misshandelt und unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern interniert. Den von staatlicher Seite geschürten Rassismus nutzt die faschistische »Morgenröte« geschickt aus zur Legitimation ihrer terroristischen Attacken und Übergriffe auf

Flüchtlinge, Linke usw. So spielen sich Regierung und die rechtspopulistische und faschistische Opposition gegenseitig die Bälle zu. Die Regierung bedient und schürt den in der Gesellschaft vorhandenen Rassismus, um abzulenken und Sündenböcke zu präsentieren. Die Existenz der populistischen und faschistischen Opposition, die von Teilen der ND als natürliche Verwandte betrachtet werden, sorgt dafür, dass sich die Regierungspolitik stärker nach rechts verschiebt, sprich immer repressiver und rassistischer wird.

Sowohl für die Regierung als auch für die herrschende Klasse – sie besteht aus einem dutzend Familien, die die griechische Wirtschaft beherrschen – ist der Aufstieg der faschistischen Goldenen Morgenröte von Nutzen. Die rechte Opposition im Parlament, die faschistische »Goldene Morgenröte« und die populistischen »Unabhängigen Griechen«, sorgen dafür, dass die Wut sich nicht allein in gemeinsamen Widerstand entlädt und der Linken zugute kommt. Unter einem zunehmenden Teil der Bevölkerung wird die Empörung in eine rassistische/nationalistische – für die herrschende Klasse ungefährliche – Richtung gelenkt. Zugleich dienen die faschistischen Schlägertrupps, die unter Duldung und mit Unterstützung der Polizei-Sondereinheiten agieren können, nicht nur der Abschreckung und Vertreibung von Flüchtlingen sondern auch der Einschüchterung der gewerkschaftlichen und politischen Opposition von links.

Die Selbstdemontage der parlamentarischen Demokratie: Mit Notstandsverfügungen und Zwangsverpflichtungen gegen Arbeitskämpfe

Der Aufstieg der faschistischen »Goldenen Morgenröte« bildete den Ausgangspunkt für die intensive Diskussion, die wir mit unseren griechischen Gästen in Salzgitter führen konnten. Der Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Ursachen für das Anwachsen der faschistischen Partei – Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Lohnabbau – der Regierungspolitik und dem Zustand von Gewerkschaften und linken Parteien bildete den Schwerpunkt der Debatte.

Wie schon während unseres Aufenthaltes in Griechenland wurden wir auf unsere historischen Erfahrungen mit dem Aufstieg des Faschismus in Deutschland angesprochen. Tatsächlich drängen sich Parallelen auf. Die Art und Weise, mit der die griechische Regierung die Spardiktate der Troika umsetzt, erinnert an die Politik des Kabinetts Brüning zum Ende der Weimarer Republik. Mit Notverordnungen wurden die soziale Demontage vorangetrieben und den Gewerkschaften der tarifliche und rechtliche Boden für ihr Wirken entzogen. Aus Angst vor angedrohten Neuwahlen verzichteten die Parteien der Großen Koalition, an ihrer Spitze die SPD, auf ihr verfassungsmäßiges Recht, die Notverordnungen mit ihrer Mehrheit im Reichstag aufzuheben. Bei der Demontage des Parlamentarismus am Ende der Weimarer Republik in Deutschland waren die Parlamentarier nicht Opfer, sondern Mittäter. Historisch gesehen, waren die Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher 1930 bis 1933 noch nicht die faschistische Diktatur, aber als autoritäre und arbeiterfeindliche Regime deren Wegbereiter.

Die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) reagierte damals nicht mit der Aufnahme des Kampfes, sondern mit einer immer stärkeren Anpassung an die staatlichen Vorgaben. Sozialdemokraten, die im Reichstag die Notverordnungen durchgehen ließen, haben natürlich als Gewerkschaftsführer nicht in den Betrieben und auf der Straße dagegen mobilisiert – diesen Zusammenhang haben wir in unseren Tagen mit der Einführung der Hartzgesetze 2002 – 2004 ähnlich erlebt.

Im März 2012, auf einer Veranstaltung im Berliner IG-Metall-Haus bezeichnete Gregor Kritidis die Demokratie in Griechenland als »parlamentarische Fassade, hinter der sich der autoritäre Maßnahmestaat formiert«. Bereits unter der Regierung Papandreou (PASOK) und der nachfolgenden Übergangsregierung wurde in Griechenland die Beseitigung des Tarif- und Arbeitsrechtes beschlossen und umgesetzt. Das bisherige Fundament für den gewerkschaftlichen Einfluss wurde damit zerstört. Die PASOK hat sich in ihrer Regierungsverantwortung (2009 bis 2011) völlig aufgerieben. Die Bedienung der Troika-Forderungen kam der politischen Selbstaufgabe gleich.

Die Beseitigung des Tarif- und Arbeitsrechts reichte allerdings nicht, um den Widerstand in den Betrieben zu brechen. Auf den Arbeitskampf der Metro-Beschäftigten im Frühjahr 2013, mit dem sie die im Memorandum 3 beschlossene, erneute Lohnkürzung abwehren wollten, reagierte die Koalition aus ND, PASOK und DIMAR mit der Anwendung einer Notstandsregelung und der militärischen Zwangsverpflichtung der Streikenden. Gleiches widerfuhr den Busfahrern, Seeleuten und zuletzt den LehrerInnen, noch bevor sie überhaupt einen offiziellen Beschluss zum Streik an den Schulen gefällt hatten. Trotz der Forderung aus der Lehrerschaft nach einem konsequenten und längeren Arbeitskampf beschränkten sich die Dachverbände auf die bislang praktizierten symbolischen »Generalstreik«. Einer politischen Kraftprobe mit der Regierung gingen sie trotz Notverordnungen und Zwangsverpflichtungen aus dem Weg.

Das jüngste Beispiel für das Agieren der Regierung am Parlament vorbei ist die Schließung der griechischen Fernseh- und Rundfunkanstalt ERT per Ministerialerlass. Über diesen neuen Coup informierte Samaras nicht einmal seine Koalitionspartner (siehe Artikel und Korrespondenz zu den Auseinandersetzungen um die ERT).

Die Art und Weise, wie die staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten geschlossen wurden, weckte bei vielen Erinnerungen an die Zeit der Junta zwischen 1967 und 1974. Der Unterschied: Die jetzige Regierung stütze sich nicht auf die Bajonette der Militärs sondern auf die Diktate ausländischer Mächte – EU, EZB und IWF. Ohne die Zustimmung von deren Kommissaren, denen die Athener Regierung regelmäßig Rechenschaft ablegen muss, können selbst die einzelnen Ministerien keine Beschlüsse mehr fassen.

Die Selbstdemontage der bürgerlichen Demokratie – unter Aufsicht der internationalen Gläubiger – setzt sich weiter fort. Die treibende Kraft in diesem Prozess ist die ND; ihre bisherigen Koalitionspartner spielen nur eine Statistenrolle. Auf den Aufstieg der faschistischen »Goldenen Morgenröte«, eine Folge der Selbstdemontage der parlamentarischen Demokratie, bin ich schon eingegangen. Doch wie steht es um den Widerstand, gibt es eine realistische Alternative auf der Linken, die diesen Prozess aufhalten und umkehren kann?

SYRIZA – der Hoffnungsträger für einen gesellschaftlichen Wandel

Alle unsere Gesprächspartner waren sich in einem Punkt einig: Ein großer Teil der Bevölkerung, nachdem sie in den vergangenen drei Jahren erfolglos gegen die Spardiktate angekämpft hat, setzt seine Hoffnung auf die Bildung einer von SYRIZA geführten Regierung. Doch diese Hoffnung ist nicht ungetrübt. Es bestehen zugleich Zweifel und Skepsis, die zahlreiche Fragen aufwerfen. Mit wem kann die Partei überhaupt koalieren um eine Regierungsmehrheit zu sichern, nachdem die KKE eine Zusammenarbeit mit ihr abgelehnt hat? In welche Richtung entwickelt sich SYRI-

ZA selbst; wird sie nicht zunehmend zu einer Systempartei und rückt nach rechts? Wird eine von SYRIZA geführte Regierung die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen können? Hinter diesen Fragen steht auch die Befürchtung, dass das Scheitern einer möglichen Linksregierung zu einem weiteren Aufstieg der ultranationalistischen und faschistischen Kräfte führen wird.

Die offenen Fragen lassen sich natürlich nicht am Schreibtisch klären, die Antworten müssen in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen selbst gefunden werden. Deshalb nur ein vorläufiger Eindruck, den ich aus den bekannten Fakten und unseren bisherigen Gesprächen gewonnen habe. Vorab eine Bemerkung: Ob SYRIZA überhaupt eine Regierungsübernahme anstreben soll, halte ich für eine akademische, sprich weltfremde, Frage. Der gesellschaftliche Verfall unter der Regierung Samaras schreitet weiter voran und damit auch die Rechtsentwicklung. Sich nicht für den Sturz der jetzigen Regierungskoalition einzusetzen, weil die Verhältnisse oder SYRIZA selbst für eine linke Regierung noch nicht reif seien, bedeutet, die Hoffnungen auf einen Wandel schon im Voraus zu enttäuschen. Dadurch wird die vorhandene Lähmung und Perspektivlosigkeit nicht überwunden sondern verstärkt.

Den rasanten Anstieg ihres Einflusses verdankt SYRIZA dem Zusammenbruch der PASOK. Sie hat die PASOK als die seit Jahrzehnten politisch dominierende Kraft unter den Lohnabhängigen und der ärmeren Bevölkerungsschichten abgelöst. Mit ihrer Forderung nach Aufkündigung der mit der Troika geschlossenen Vereinbarungen, der Zurücknahme der bisher beschlossenen Sparmaßnahmen unter Verbleib in der EURO-Zone verlieh sie den Interessen großer Bevölkerungsteile politisch Ausdruck. In dem rasanten Aufstieg von SYRIZA spiegelt sich zugleich der Stand der Klassenauseinandersetzungen und des vorherrschenden Bewusstseins wider. Eine große Mehrheit in der Bevölkerung lehnte die von der PASOK-Regierung eingeleiteten Sparmaßnahmen ab, wollte allerdings weiter in der EURO-Zone verbleiben.

Die selbst gewählte Isolation der KKE

Bis zu den Wahlen 2009 war die Kommunistische Partei Griechenland (KKE) die dominierende linke Oppositionskraft auch im Parlament. Über den von ihr gegründeten Gewerkschaftsverband, die PAME, verfügt sie immer noch über erheblichen Einfluss auf die Belegschaften in wirtschaftlichen Kernbereichen, wie z.B. unter den Stahl- und Hafenarbeitern oder den Seeleuten.

Von der sich seit 2010 ständig verschärfenden Krise und dem politischen Verfall der PASOK konnte die KKE allerdings nicht profitieren. Bei den Wahlen 2009 erhielt sie 7,5 Prozent (517.000 Stimmen) und konnte ihren Anteil, allerdings bei gesunkener Wahlbeteiligung, im Mai 2012 nur auf 8,5 Prozent (536.000 Stimmen) steigern. Der Einbruch erfolgte nur zwei Monate später. Bei den Wahlen im Juni gleichen Jahres stürzte sie auf 4,5 Prozent (277.000 Stimmen) ab. Sie verlor die Hälfte ihrer Wähler. Das war die Quittung für den sektiererischen Kurs, mit dem sie eine mögliche Koalition bzw. die Unterstützung einer SYRIZA-geführten Regierung ablehnte.

Auch die von der KKE gelenkte PAME zog sich im Wesentlichen auf sich selbst zurück. Kennzeichnend dafür war ihr Verhalten während der zahlreichen »Generalstreiks«. Fast immer legte sie Wert auf getrennte Demonstrationsrouten und Kundgebungen. Damit verbauten sich die KKE und die PAME jede Möglichkeit, Einfluss zu nehmen auf die in Bewegung geratenen Lohnabhängigen, die der PASOK den Rücken kehrten. Den praktischen Nachweis für die Überlegenheit ihrer Strategie und Taktik konnten KKE und PAME bisher nicht liefern. Auf der Ebene des gewerkschaftlichen Abwehrkampfes hat auch die PAME keine Erfolge vorzuweisen. Als ihre eigenen Mitglieder, die bei PAME organisierten Seeleute, mit Zwangsverpflichtungen durch die Regierung zur Arbeitsaufnahme gezwungen wurden, konnte auch sie nicht die Kräfte mobilisieren, die diesen Angriff auf das Streikrecht hätten zurückweisen können.

Der Kurs der KKE erinnert an die verhängnisvolle, linkssektiererische Taktik der KPD ab 1928. Wie die KPD Ende der 20er Jahre – Stichworte: RGO-Politik und Sozialfaschismustheorie – sieht auch die KKE-Führung in den reformistischen Organisationen, insbesondere in SYRIZA, den Hauptfeind, den es zu bekämpfen gilt. SYRIZA ist nach ihrer Einschätzung eine Agentur der Bourgeoisie als Ersatz für die geschwächte PASOK, um die Arbeiterklasse an die bürgerliche Gesellschaft zu binden. Das sich im rasant gewachsenen Einfluss von SYRIZA zugleich das vorherrschende Bewusstsein unter den Lohnabhängigen, die momentane Phase des Klassenkampfes, widerspiegelt, negiert die KKE. Sie beraubt sich damit der Möglichkeit, auf die in Bewegung geratenen Massen Einfluss nehmen zu können. Das Bekenntnis zu den Grundsätzen der KKE wird zum entscheidenden Kriterium für eine praktische Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. So verbleibt die KKE in der selbst gewählten Isolation.

Es gibt allerdings einen erheblichen Unterschied zur Situation in Deutschland zum Ende der Weimarer Republik.

Die KPD repräsentierte damals den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung, der sich in der Novemberrevolution und den Aufständen der Folgejahre herausgebildet hat. Die Phase der relativen Stabilität in der Weimarer Republik umfasste seit 1924 gerade mal vier oder fünf Jahre. Heute existiert ein revolutionärer Flügel, der sich in entsprechenden Kämpfen herausgebildet hat, nicht. Auch die Entwicklung in Griechenland nach dem Ende der Militärdiktatur 1974 war geprägt durch Jahrzehnte der Stabilität und von einem Anstieg des Lebensstandards. Das prägte das Bewusstsein und schlug sich in der dominierenden Rolle der PASOK nieder. Dieser Zustand lässt sich nicht allein durch Aufklärung und Propaganda überwinden. Dazu gehören die eigenen Erfahrungen in den Klassenauseinandersetzungen. Die hatten in Griechenland bisher ein Resultat: den Niedergang der PASOK und den Aufstieg von SYRIZA zur stärksten linken Oppositionskraft.

Für viele unserer griechischen Gesprächspartner ähnelt das Auftreten der KKE dem von religiösen Sekten. Mich erinnert es mehr an die ML-Gruppen der 1970er Jahre in Deutschland. Der Anspruch, die führende Kraft der Arbeiterklasse zu sein, stand im krassen Gegensatz zu den eigenen Möglichkeiten und zum Stand der Klassenauseinandersetzungen, die sich höchstens in sozialpartnerschaftlichen Bahnen mit dem entsprechenden Bewusstsein bewegten.

SYRIZA auf dem Weg zur Systempartei oder zum Sammelpunkt des Widerstandes?

Wenn wir die Funktion und weitere Entwicklung von SYRIZA einschätzen wollen, können wir nicht mit dem Maßstab herangehen, als wäre es eine Organisation oder Partei, die sich die sozialistische Revolution auf die Fahnen geschrieben hätte. Es ist ein Bündnis verschiedenster Strömungen, in dem die linkssozialdemokratische, aus dem Eurokommunismus hervorgehende, dominiert. Es haben sich allerdings auch zahlreiche kleine Gruppierungen mit einem sozialistischen/kommunistischen Selbstverständnis SYRIZA angeschlossen. Im Vorfeld des Parteitages (Mitte Juli 2013) wird heftig um die politische Ausrichtung als auch um Satzungsfragen und den Einfluss der verschiedensten Strömungen gerungen.

Vor den Wahlen im Mai und Juni 2012 hatte SYRIZA die Aufkündigung der mit der Troika geschlossenen Vereinbarungen gefordert und im Falle der Regierungsübernahme die Rücknahme der entsprechenden Sparbeschlüsse angekündigt. Von den im Wahlprogramm gemachten Aussagen rückte der Parteivorsitzende Tsipras während der letzten Monate in öffentlichen Erklärungen immer weiter ab. Er sprach nicht mehr von der Aussetzung der Schuldenrückzahlung, sondern kündigte Neuverhandlungen an mit den Vertretern von EU, EZB und IWF, möglichst im gegenseitigen Einvernehmen. Er versucht die Spielräume auszuloten, die sich ihm als möglichen, zukünftigen Regierungschef bieten, ohne in einen Grundsatzkonflikt mit der EU zu geraten und die Mitgliedschaft in der Eurozone zu gefährden. Die Vertreter des linken Flügels kämpfen dagegen an. Sie können auf dem Parteitag auf bis zu 40 Prozent der Stimmen/Delegierten zählen. Keine der beiden Flügel wird eine Spaltung/ein Auseinanderfallen von SYRIZA riskieren.

Während seines Besuches sprach Yannis die Erwartung aus, dass die jetzige Regierung zum Jahresende auf Grund der sich weiter zuspitzenden Krise und der erneut aufflammenden Widerstandsbewegung stürzen werde. Er hoffe, dass SYRIZA die Wahlen gewinnt und die Arbeiterbasis die KKE-Führung zur Unterstützung bzw. Bildung einer Linksregierung zwingen wird. Ich kann nicht einschätzen, ob sich die Erwartung von Yannis bestätigen wird. Seine Aussagen halte ich aber für die einzig mögliche politische Zielsetzung – ohne ein konkretes politisches Ziel bliebe der Widerstand perspektivlos.

Chancen und Gefahren

In den Auseinandersetzungen um die Schließung der ERT spiegelt sich die aktuelle politische Polarisierung wieder, aber auch die möglichen Perspektiven des Widerstandes. Wie berichtet hatte Samaras die Schließung ohne Information oder Zustimmung seiner Koalitionspartner verfügt. Die hatten sich mit ihrer Regierungsbeteiligung zu Geiseln der ND gemacht; ihre größte Furcht besteht vor Neuwahlen. Eindeutig auf die Seite von Samaras schlug sich nur die faschistische CA. Sie rechtfertigte die Schließung der ERT, weil der Staatssender ein marxistisches Propagandainstrument sei.

Viele Aktivist_innen fühlten sich in den Tagen nach Schließung und Besetzung der ERT an die Streiks und Demonstrationen vor zwei Jahren erinnert. Die Beteiligung am Generalstreik war schon lange nicht mehr so groß und vor dem besetzten Sender fanden sich die Anhänger aller politischen Lager auf der Linken zusammen. Neben den Fahnen von SYRIZA waren auch die der KKE und von anarchistischen Gruppierungen zu sehen. Der spontane Widerstand zwang die linken Parteien und Organisationen zu einem, wenn auch zeitlich begrenzten, gemeinsamen Auftreten.

Darin sehe ich auch eine Voraussetzung nach Neuwahlen und einer eventuellen linken Mehrheit im Parlament. Wahlen können die politische Stimmung widerspiegeln, die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen lassen sich über Wahlen allein nicht verschieben, die Kräfteverhältnisse gegenüber der Troika schon gar nicht. Eine mögliche Linksregierung in Griechenland braucht die Unterstützung – aber auch den Druck und die Kontrolle – einer breiten außerparlamentarischen Bewegung. Andernfalls wird sie recht schnell an der Macht der inneren und äußeren Feinde scheitern oder sich als Verwalter der gesellschaftlichen Misere mit ihnen arrangieren müssen. Gewinner von gescheiterten Hoffnungen und Versprechungen von Seiten der Linken wäre die extreme Rechte.

Ebenfalls unerlässlich für eine griechische Regierung, die sich nicht dem Diktat der Gläubiger beugen will, ist die Unterstützung durch die Massenbewegungen in den anderen europäischen, insbesondere süreuropäischen Ländern. Die entwickeln sich unter den jeweils gegebenen, nationalen Voraussetzungen. Ein Regierungswechsel in Griechenland aber könnte ihnen neue Impulse verleihen. Dies gilt aber auch umgekehrt. Die Regierungen in Italien, Spanien, Portugal etc. sähen sich bestätigt, sollte es der Troika gelingen, den sozialen Raubzug mit Hilfe eines autoritärreaktionären Regimes in Griechenland zu zementieren.

8.7.2013 ■

Euridike auf der 1. Mai Kundgebung des DGB

Yannis spricht zu den Kundgebungsteilnehmern

■ APPELL AN DIE SOLIDARITÄT

Seid ihr bereit?

Auf mehreren Veranstaltungen während ihre Besuches in Deutschland hielt Euridike in deutscher Sprache folgende Rede:

Guten Abend und herzlichen Dank an euch alle, dass ihr heute Abend hier seid. Dass wir heute Abend eingeladen sind, ist ein deutliches Signal der Solidarität, und wir schulden den Organisatoren großen Dank dafür.

Es ist nicht die Art von distanzierter Solidarität, die wir angesichts der Opfer einer schrecklich weit entfernten Naturkatastrophe zeigen. Der von Menschen gemachte Tsunami, der die Bevölkerung Südeuropas getroffen hat, bewegt sich nordwärts. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse ihn zu untersuchen und nach Möglichkeiten zu versuchen, ihn zu überleben – vereint.

Ich möchte mit dem Dank dafür beginnen, dass ihr nicht an die absurde These glaubt, dass wegen Griechenland das deutsche Einkommen stagniert und die deutschen Sozialleistungen schlechter werden. In der Dunkelheit unseres schwarzen Loches ist es tröstlich zu wissen, dass es tatsächlich Menschen in Deutschland gibt, die nach tieferen Erklärungen suchen.

Ich habe für die Organisatoren als Geschenk ein paar Seifen mitgebracht, selbst hergestellt von Eltern und Lehrern einer Grundschule und eines Kindergartens in Keratsini, in der Nähe von Piräus. Damit unterstützen sie 40 Familien, die nicht genug zum Leben haben. Es kann zwar sein, dass diesen Familien ihre Wohnungen gehören, in denen sie leben, wie es in Griechenland üblich ist. Der jüngsten EZB-Studie zufolge, die im Übrigen auf Hauspreisen von 2010 basiert, d.h. von vor der Krise, sind diese Haushalte reich, da ihre Wohnungen eventuell bis zu 100 000 Euro wert sein können. Aber sie können sie gar nicht verkaufen – der Häusermarkt existiert gar nicht mehr. Sie können die Sondereigentumssteuer nicht bezahlen, die mit der Elektrizitätsrechnung erhoben wird – deshalb wird ihnen die Stromversorgung gekappt. Wenn die neuesten Pläne umgesetzt werden, d.h. dass sie mit ihrem Eigentum für ihre Schulden bezahlen müssen, dann werden sie bald auch ihre Wohnungen verlieren.

Sie könnten natürlich in Sozialwohnungen ziehen, das Problem ist nur, dass es diese in Griechenland nicht gibt; oder vom Kindergeld leben, welches nicht gekürzt worden ist, weil es das nie gegeben hat; oder sie könnten »aufstocken«, was allerdings in Griechenland völlig unbekannt ist. So viel zu der Behauptung, dass wir reicher seien als der Durchschnittsdeutsche. Ich möchte nicht unsere Situation mit dem Los von Familien vergleichen, die hier von Hartz IV oder mit Ein-Euro-Jobs leben müssen. Das ist nicht der Punkt. Wir sollten uns nicht gegenseitig in die leeren Geldbeutel schauen, um dort Einsparungen zu finden. Um ein niedriges Durchschnittsvermögen in Deutschland zu entdecken, unterschlägt die EZB das Vermögen der großen Unternehmen, die das meiste Vermögen in Deutschland besitzen. Wenn die Wohnungen in so wenigen Händen konzentriert sind, dass die meisten Menschen in Mietwohnungen leben müssen, so dass riesige Immobilienfirmen monatlich immer reicher werden, während 80% der Griechen eigene Wohnungen haben, dann müssen Deutsche wirklich böse werden. Aber böse auf wen?

Im Jahr 2010 entfaltete sich im Verborgenen, genau in dem Moment, als die europäische Öffentlichkeit mit Geschichten über faule und korrupte Griechen gefüttert wurde, eine riesige Operation zur Rettung von waghalsigen französischen und deutschen Banken. Der deutsche Bankensektor ist dreimal größer als die gesamte deutsche Wirtschaft, da er seine Bilanzen mit riskanten Investments und wilder Spekulation aufgebläht hatte – und er hat seine atemberaubenden Verluste in Bad Banks verschoben – wer dafür haftet, das wisst ihr. Das Letzte, was die Banken wollten, waren noch mehr Verluste auf griechische Anleihen, deshalb luden sie ihre griechischen Schulden still und leise auf euch ab, die Steuerzahler. Der Ausdruck »Rettungspaket« führt in die Irre, es sei denn, man meint damit die Rettung der Banken – auf Kosten von Athen, Lissabon, Dublin oder Madrid und natürlich auf Kosten der deutschen Steuerzahler.

Nun zu der anderen brillanten Idee, die neuerdings die Runde macht, wenn man sich nicht am Eigentum der armen Leute vergreifen will: die teilweise Enteignung von Bankeinlagen über 100.000 Euro. »Wer würde da etwas dagegen haben?« Ich höre oft: »Endlich müssen die Reichen bezahlen.« Nun, das stimmt nicht ganz. Zunächst einmal scheint die 100.000er Grenze durchaus veränderbar zu sein, je nach Situation. Zum zweiten, und dies ist sehr wichtig, was geschieht, wenn – und das haben wir gesehen im Fall Zyperns, dessen Wirtschaft auf Knopfdruck buchstäblich in die Luft gejagt wurde – wenn also diese Konten über 100.000 Euro dafür bestimmt sind, Gehälter auszuzahlen? Was ist, wenn sie Gesundheits-, Versicherungs- oder Rentenkassen gehören? Ich kann euch versichern, dass es kaum etwas Traurigeres gab, als die SPD von Sieg reden zu hören, während ein ganzes soziales Sicherungssystem, ja eine ganze Volkswirtschaft, ruiniert wurde.

Nun, die Sparpolitik, die vom IWF, der ein Instrument der Banken ist, und der Merkel-Regierung diktiert

wird, die behauptet im Auftrag von Otto Normalverbraucher zu handeln, also diese tödliche Politik ist dabei, nach Deutschland zurückzukommen wie ein Bumerang. Indem die Schuldenbremse jedermann aufgezwungen wird und die Wirtschaft der Eurozone abwürgt, bringt Deutschland seine wichtigsten Kunden um. Haben Sie eine Vorstellung davon, wie die Handelsbilanz mit Russland, Libyen, Norwegen, China und Japan aussieht? Nun, wie uns Professor Varoufakis informiert, hat Deutschland hier ein Defizit von 43,2 Milliarden. Und wer gleicht das aus? Wer importiert von Deutschland so viel mehr, als es dorthin exportiert? Nun, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern und Irland haben von Deutschland im Umfang von 54,6 Milliarden mehr importiert als exportiert.

Aber das war alles im letzten Jahr. Nun ist die Nachfrage der Eurozone eingebrochen und die Rezession hat sogar Deutschland erreicht. Ihr hört natürlich nicht viel davon, weil dies ein Wahljahr ist. Wenn die Vergangenheit einen Hinweis gibt, dann den, dass die Krise zum Vorwand genommen wird, das Machtverhältnis zu verschieben zum Schaden der Bevölkerung – aber lieber nach den Wahlen. Es gibt Wege, die Krise zu überwinden, ohne dass man all das abbaut, was die Arbeiterbewegung im letzten Jahrhundert erreicht hat. Die Wirtschaftspolitik hat verschiedene Instrumente zur Verfügung, die aber ignoriert werden, weil die herrschende Klasse die Krise als eine Gelegenheit begreift. Zum Beispiel: Als Deutschland im Jahr 1953 hoch verschuldet war, urteilten die Gläubiger, darunter Griechenland, nicht über die deutschen Ausgaben im Krieg. Sie trafen sich in London und beschlossen, sofort 50% der deutschen Schulden zu streichen und die Rückzahlung des Restes vom wirtschaftlichen Wachstum abhängig zu machen.

Vergleicht das nun mit der so genannten Rettungspolitik, die die südlichen Länder zerstört, während sie gleichzeitig unglaubliche Gelegenheiten für die Expansion des deutschen Kapitals schafft. Expansion im Süden, wo Staatsbesitz an ausländische Investoren für'n Appel und 'n Ei verscherbelt wird und Unternehmen von Arbeitskosten entlastet werden – sehr bald wird diese Expansion auch hier stattfinden, auf Kosten eurer Rechte, eurer Renten, eurer Gehälter. Und wenn die deutschen Eliten ihre lang ersehnten Ziele erreichen werden, werden sie sicherlich uns Griechen die Schuld geben.

Seid ihr bereit?

Die sozialen und politischen Konflikte in Griechenland spitzen sich weiter zu

Im folgenden ein kurzer Überblick über der Nachrichten aus Griechenland, die uns nach dem Redaktionsschluss der Zeitung am 12. Juli erreichten.

Entlassungen im Öffentlichen Dienst

Wie schon im Artikel dargelegt, sollte die Schließung der ERT die Handlungsfähigkeit der Regeierung beim Abbau des Öffentlichen Dienstes demonstrieren. Die erste Entlassungswelle wurde in Gang gesetzt und führt zu heftiger Gegewehr. Betroffen sind in erster Linie die Beschäftigten der Kommunen, wie z.B. die Gemeindepolizisten. So kam es in den letzten Tagen zu zahleichen Streiks der Kommunalbeschäftigten. Teilweise wurden die Rathäuser besetzt und einige Bürgermeister wollen aus Protest ihre Ämter niederlegen, sollte die entsprechende Gesetzesnovelle vom Parlament verabschiedet werden.

Beispielhaft für das Vorgehen der Regierung Samaras ist das folgende Beispiel: *»Obwohl mehrere Minister und zahlreiche Experten offen zugaben, dass es keinen wesentlichen Einspargewinn gibt, entlässt die Regierung zahlreiche Lehrer. So werden mitten in den Sommerferien die Ausbildungsgänge zum Frisör, Krankenpfleger, Schweißer und zahlreiche weitere Berufe an staatlichen Schulen schlicht abgeschafft. Mehrere tausend Lehrer wurden deshalb mit der Begründung fehlender Planstellen kurzerhand entlassen. Dabei kam es zu einem Novum in parlamentarischen Demokratien. Noch bevor das am Dienstag zur Diskussion stehende Gesetz für diesen tiefen Einschnitt das Parlament passiert, gab das Bildungsministerium am vergangenen Freitag die kompletten Namenslisten der Entlassenen samt deren persönlichen Daten zum Download frei.«* (Wassilis Aswestopoulos 15.07.2013 auf telepolis)

Für Dienstag den 16. Juli haben die Dachverbände der Gewerkschaften zu einem Generalstreik und zu einer Kungebung vor dem Parlament aufgerufen. Anlass ist die Abstimmung der Gesetzesnovelle am gleichen Tag.

Zeitgleich mit der Entlassungswelle bei den Kommunen hat die Regierung einen neuen staaatlichen Fernseh- und Rundfunksender EDT, (Elliniki Dimosia Tileorasis) gegründet. Er strahlt zur Zeit ein Notprogramm (historische Filme, Kurznachrichten in Form von Textbändern) aus, da die Senderäume des ERT (des alten Staatsenders) noch immer von den Radakteuren und Journalisten besetzt gehalten wird. Es ist also damit zu rechen, das Samaras versuchen wird die ERT-Sendeanstalt von den Besetzern räumen zu lassen, um deren kritische Berichterstattung zu unterbinden.

Alexis Tsipras wandelt sich zum Realpolitiker

»Vom 10. bis 14. Juli fand im Athener Taekwondo Stadion der Gründungsparteitag von SYRIZA-EKM statt. Alexis Tsipras, bisheriger Vorsitzender des SYRIZA-EKM-Bündnisses hatte entschieden, die bisherigen Bündnisparteien auflösen zu lassen. Er möchte als Vorsitzender einer Gesamtpartei die Linke regierungstauglich machen. Nicht alle bisherigen Bündnispartner goutieren dies. Vor allem der knapp einundneunzigjährige Manolis Glezos wehrt sich dagegen, seine Bewegung der aktiven Bürger aufzulösen. Aus Protest trat er seinen Sitz im Parteitagspräsidium nicht an. [...]

Tsipras dagegen gibt sich als Realpolitiker. Es versucht, die früheren Stammwähler der einstigen Volkspartei PASOK an sich zu binden. Dafür umwirbt er offensichtlich auch früher der PASOK nahe stehende Gewerkschaftsfunktionäre. Für viele wirkt er daher wie eine Wiederholung von Andreas Papandreou, dem legendären Gründer der PASOK. Ebenso wie »Andreas« als Volkstribun für widersprüchliche Gefühle bei den Griechen sorgte, droht Tsipras Kopie der erprobten Masche auf dem Weg zur Macht, die alte Basis der Linken zu teilen.« (Wassilis Aswestopoulos 15.07.2013 auf telepolis)

Wir werden, sobald uns Einzelheiten des Parteitages bekannt werden, darauf zurückkommen. 15.7.2013 ■

■ SPANIENS LOHNABHÄNGIGE WEHREN SICH

Widerstand gegen Zwangsräumungen

Spaniens Krise, die mit einem gigantischen Immobiliencrash begann, hat inzwischen Millionen Menschen arbeitslos gemacht, besonders im Baubereich und im Dienstleistungsgewerbe. In einem Großteil der Familien gibt es nicht mehr ein Mitglied mit einem Einkommen. Sie müssen damit um die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse kämpfen.

Die konservative Regierung Rajoy hat den von der sozialdemokratischen Regierung Zapatero begonnenen Sozialabbau verstärkt, die Lohnsenkung und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorangetrieben.

Seit dem Platzen der Immobilienblase vor fünf Jahren wurden fast 400.000 Zwangsräumungen vorgenommen und weitere stehen vor den Gerichten an. Fast eine Million Familien sind Opfer fauler Finanzpapiere geworden. Diese folgenschwere Entwicklung hat zur Herausbildung von Protest und Widerstand gegen die unmittelbaren Folgen und die Sparpolitik der konservativen Regierung geführt.

Vom Bauboom zum Platzen der Immobilienblase

Während des Wirtschaftsaufschwungs vor und um die Jahrtausendwende hatten sich Millionen von Spaniern Eigentumswohnungen zugelegt, denn seit Mitte des letzten Jahrhunderts ist der Mietwohnungsbau in Spanien kaum noch gefördert worden. So hatten sich schließlich auch Geringverdiener – im Glauben an einen stetigen Wirtschaftsaufschwung – überreden lassen sich ein kreditfinanziertes Eigenheim zuzulegen. Ohne jegliche Bonitätsprüfungen drängten ihnen die Banken das Wohnungseigentum nahezu auf. Darüber hinaus brachten Berater Rentner mit giftigen Papieren im Wert von 30 Milliarden Euro um ihre Altersvorsorge.

Den Rahmen für die verführerischen Kampagnen der Banken hatte bereits die konservative Regierung unter José Maria Aznar (1996 bis 2004) abgesteckt, indem sie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus noch weiter kürzte. Die Baufirmen bedankten sich mit finanziellen Zuwendungen an die konservativen Politiker. Jährlich rund 25.000 Euro soll z.B. der Ministerpräsident Rajoy erhalten haben.

Fast alle Banken heizten den Bauboom mit aggressiven Werbekampagnen an, denn von der Zahl der Kreditverträge hing die Höhe der Erfolgsprämien der Manager ab. Die Bauwirtschaft wurde so zum wichtigsten Pfeiler des Wirtschaftsaufschwungs – und zur Hochburg verbreiteter Korruption. Was darüber hinaus an Arbeitsplätzen geschaffen wurde, waren hauptsächlich prekäre Jobs in der Gastronomie und im Tourismus. Das »strahlende« Wirtschaftswachstum veranlasste nicht nur die EU-Kommission in Brüssel die Aznar-Regierung zu loben.

In einer Studie der Nationalbank von 2003 hieß es, dass Immobilien bereits zwei Drittel des gesamten Privatbesitzes der Spanier ausmachten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise arbeitslos geworden – inzwischen mehr als 27 Prozent – konnten Hunderttausende ihre Hypothekenraten nicht mehr bezahlen und wurden auf die Straße geworfen. Viele übernachten mit ihren Kindern im Auto oder wurden vorübergehend von Verwandten untergebracht. Großeltern halten mit ihrer Rente die Großfamilie am Leben. Häufig werden private Zweitwohnungen Obdachlosen zur Verfügung gestellt. Die Sorge um ihre Existenz macht viele Menschen krank. Nachdem sich 2012 schon Dutzende wegen ihrer Schulden und des bevorstehenden Rauswurfs aus der Wohnung das Leben genommen hatten, brachten sich Anfang dieses Jahres bereits 13 Menschen um.

Außer den Wohnungen haben die Hypothekengeschädigten auch den Rest ihres Privatvermögens verloren. Das spanische Hypothekenrecht sieht vor, dass ein Kredit nicht nur mit der Immobilie abgesichert wird, sondern auch mit dem sonstigen Eigentum des Käufers. Und er muss auch weiter zahlen, wenn die Bank die Immobilie vielleicht schon wieder verkauft hat. Da die meisten Gebäude durch den Zusammenbruch des Immobilienmarktes fast die Hälfte ihres Wertes verloren haben, halten sich die Banken am sonstigen Besitz der Käufer schadlos. Kirchen und soziale Treffpunkte haben zunehmend soziale Aufgaben übernommen.

Das Platzen der Immobilienblase führte dazu, dass über ganz Spanien verstreut Landschaften durch Gruppen von Bauruinen zerstört wurden. Eine Fotoausstellung, die durch Spanien wandert, informiert darüber. Während die Banken massenhaft Zwangsräumungen erwirkt haben, stehen 600.000 Wohnungen leer. Steht das Grundrecht auf eine menschenwürdige Wohnung auch seit 1978 in der Verfassung – die konkreten Gesetze lauten anders. Das sorgt für öffentliche Empörung, denn die Banken wurden von der Regierung mit Steuergeldern und aus europäischen Mitteln mit Milliardensummen gestützt. Sie erzielen nun wieder große Gewinne und die Manager behalten nicht nur ihre großen Gehälter, sondern streichen auch weiter ihre Boni ein.

Mit zivilem Ungehorsam gegen Zwangsräumungen

Schon 2009 fanden sich in Barcelona Menschen mit dem Ziel zusammen, das in der Verfassung verankerte Grundrecht auf Wohnen in garantiertes Recht durchzusetzen. Sie gründeten die Plattform der Hypothekenopfer PAH (Plataforma de los Afectadas por la Hipoteca). Weil Immobilienkäufer bei Zahlungsunfähigkeit nicht nur ihre Immobilie

verlieren, sondern zu einer lebenslang gültigen Schuldknechtschaft verurteilt werden, will die PAH will erreichen, dass eine rückwirkende Zahlung von Hypothekenschulden möglich ist. Darüber hinaus fordert sie vor allem den Bau bezahlbarer Sozialwohnungen.

Direkt Betroffene bilden das Zentrum der Initiative. Zu ihnen gehören Menschen mit sozialem Gewissen, auch mit gewerkschaftlichen und politischen Erfahrungen. Landesweit bekannt wurde die PAH, als 2010 in Murcia und 2011 in Madrid die ersten Zwangsräumungen gestoppt wurden und sich die Bewegung der »Empörten« (Indignados) an den Aktionen massenhaft beteiligte. Die Blockierer hielten den zurückgewiesenen Gerichtsvollziehern entgegen, dass sie gegen die Verfassung, verstoßen. Anders als in Madrid löste die katalanische Polizei die Blockaden nicht auf.

Besonders die Selbstmorde, die durch die Zwangsräumungen ausgelöst wurden, haben im ganzen Lande zu einer lange nicht gekannten Solidarisierungswelle geführt. Über ganz Spanien hat sich ziviler Ungehorsam verbreitet. Staatsdiener verstoßen bewusst gegen unsoziale Gesetze: In vielen Städten weigern sich Bürgermeister, Polizei und Feuerwehr, Zwangsräumungen durchzusetzen. In der nordspanischen Stadt Pamplona verkündeten im Dezember die Schlüsseldienste, keine Zwangsräumungen mehr zu unterstützen. Richter wollten nicht mehr nur Sachverwalter von Gesetzestexten sein.

Aus der Not heraus haben dann wohnungslose Familien freistehende Häuser besetzt und in leerstehenden Spekulationsobjekten aus Zeiten der Immobilienblase ein neues Zuhause gefunden. Corrala werden diese Häuser in Andalusien genannt. Bei abgestelltem Wasser und Strom – z.B. in Sevilla durch den konservativen Stadtrat – organisieren die Besetzer das tägliche Überleben in breiter Nachbarschaftshilfe.

Nach der Verabschiedung des neuen spanischen Strafgesetzbuches (Nuevo Código Penal) im Mai 1996 kann die Besetzung leerstehender Immobilien mit Gefängnis geahndet werden. Gegen diese Zustände und für eine soziale Wohnungspolitik sind im Februar dieses Jahres in 50 Städten Lohnabhängige auf die Straße gegangen. Auf ihren Transparenten war zu lesen »Rettet die Menschen, nicht die Banken!« Die Erfahrung, dass Gesetze Banken schützen und nicht die Menschen, lässt sie Solidarität über das Gesetz, über den Staat stellen.

Zwangsräumungen vor Gericht und Parlament

Nach der Klage eines Betroffenen erklärte der Europäische Gerichtshof die spanischen Zwangsräumungsverfahren im März 2013 für rechtswidrig: In Spanien werde den Verbrauchern ein Schutz verwehrt, den eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 1993 garantieren soll.

Francos Erbe in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Spaniens

Nach dem Ende des Bürgerkrieges hatte Franco Mieterhöhungen gesetzlich verboten. Das führte dazu, dass keine weiteren Mietwohnungen gebaut wurden und sich der Zustand der Altbauten verschlechterte.

Wirtschaftlich und politisch war die Franco-Diktatur nach dem 2. Weltkrieg zunächst isoliert. Der Kalte Krieg ließ das Interesse der USA am faschistischen Spanien wachsen und das Land finanziell unterstützen. Nach der Aufhebung des UN-Boykotts im Jahre 1950 konnte Spanien Kredite aufnehmen und die Wirtschaft, auch die Industrie, expandierte. Hatte es bis dahin im Lande stets mehr Miet- als Eigentumswohnungen gegeben, so förderte die Franco-Diktatur nun in besonderem Maße den Bau von Eigentumswohnungen, um sich eine Schicht wohlgesinnter Unterstützer zu schaffen. Zwölf Jahre nach der blutigen Niederschlagung der spanischen Arbeiterklasse im Bürgerkrieg sollte das Herrschaftssystem durch Privateigentum mit kleinbürgerlichem Denken gestärkt werden.

Die Politik der Bevorzugung des Eigenheims ist bis heute beibehalten worden – auch unter sozialdemokratischen Regierungen – und hat zur Folge, dass Spanien das Land mit dem geringsten Anteil von Mietwohnungen in Europas ist. Sind z.B. in Deutschland 3/5 aller Wohnungen Mietwohnungen, so ist es in Spanien nur jede neunte.

In der bemerkenswerten wirtschaftlichen Wachstumsphase von 1994 bis 2007, die sich nach der Einführung des Euro noch verstärkte, bevorzugten betuchte Spanier eher Investitionen im Immobiliensektor als in der Industrie. Dem internationalen Konkurrenzkampf nicht ausgesetzt, waren ihnen hier durch die Gesetzgebung hohe Gewinne garantiert. Gleichzeitig trugen die geringeren Investitionen in den industriellen Sektor zum Sinken des Produktivitätsniveaus gegenüber den industriellen Zentren Europas bei. Das spanische Handelsdefizit wuchs. Damit stieg auch die Verschuldung. Im 1. Quartal 2013 lag die Gesamtverschuldung staatlicher Institutionen bei 88,2 Prozent des spanischen Bruttoinlandproduktes.

Höhepunkt der Bautätigkeit war das Jahr 2006, als mehr Wohnungen fertiggestellt wurden als in den drei größten EU-Staaten zusammen. Im Jahre 2009 waren dann 1,3 Millionen unverkaufter Wohnungen auf dem Markt. Aus Francos Stütze der bürgerlichen Herrschaft ist damit nach sechzig Jahren die Quelle landesweiten solidarischen Protestes gegen Verelendung breiter lohnabhängiger Schichten und sozialer Ungerechtigkeit geworden.

In der Boomphase waren in der Baubranche fast 17 Prozent aller Lohnabhängigen Spaniens beschäftigt, ein weitaus höherer Anteil als in anderen Ländern. Hier herrschten allerdings Arbeitsplätze mit niedriger Qualifikation vor, wie auch in der gewachsenen Tourismusbranche und in der Landwirtschaft. Die Unternehmer nutzten eine Reservearmee, die durch das Arbeitsangebot von fünf Millionen Immigranten entstanden war, um die Löhne im Dienstleistungssektor und in der Baubranche niedrig zu halten. Um maximale Gewinne zu erzielen, erhöhten sie gleichzeitig die Preise für Neubauwohnungen. Die Verschuldung spanischer Haushalte, besonders der mittleren und unteren Einkommensschichten, stieg an. Fast jeder achte Haushalt musste knapp die Hälfte des Einkommens für die Rückzahlung des Hypothekenkredites ausgeben; junge Menschen mussten sogar fast 7/8 ihres Einkommens dafür aufbringen.

Seit mehr als 30 Jahren geht die Schere der Einkommensentwicklung in Spanien stark auseinander. Dabei gehörte das Lohnniveau schon vor der Krise zu den niedrigsten in der Eurozone und die gesetzliche Rente reicht kaum für ein erträgliches Leben im Alter. Obwohl die Sozialausgaben der spanischen Regierungen unter dem europäischen Durchschnitt liegen, schaffte die von 2004 bis 2011 amtierende sozialdemokratische Regierung Zapatero die Vermögenssteuer ab.

Die Volksgesetzesinitiative (Iniciativa Legislativa Popular) der Hypothekengeschädigten brachte eine von 1,5 Millionen Bürgern unterzeichnete Gesetzesinitiative ins Parlament ein, um zu erreichen, dass Zwangsräumungen ausgesetzt und die Schulden erlassen werden. Parlamentsabgeordneten, die nicht bereit waren, das aus dem Jahre 1909 stammende Hypothekengesetz von Grund auf zu ändern, wurden öffentlich bloßgestellt: Mit Transparenten und Trillerpfeifen zogen Aktivisten der Geschädigten nicht mehr nur vor die Büros, sondern auch vor die Wohnungen der Abgeordneten der konservativen Volkspartei.

Sah es zunächst so aus, als würden die konservativen Abgeordneten einlenken, so stimmten sie am 19. April 2013 gegen die Reform des Hypothekengesetzes. Die Zwangsräumungen gehen weiter. Die Regierungsmehrheit nahm nur geringe Veränderungen vor: Sozial Schwache mit Kleinkindern oder Pflegefällen dürfen nun zwei Jahre weiter in ihrem Heim wohnen. Wer seine Wohnung verloren hat, soll auch künftig weiter dafür abzahlen. Dafür aber bietet das Sparprogramm der Regierung, das zu weiterem Schrumpfen der Wirtschaftskraft und Anwachsen der Arbeitslosenzahlen führt, den Hypothekengeschädigten keine Chance.

Sozialabbau und Widerstand

Bei einer Arbeitslosenzahl von 27 Prozent versuchen Arbeitslose – von der Regierung geduldet – mit kleinen prekären Jobs in der Schwarzarbeit ihre Probleme individuell abzumildern, um in ihrem Existenzkampf nicht unterzugehen. Wie eine Schule politischer Bildung können in dieser Zeit die sozialen Bewegungen für die junge Generation wirken: Die Massendemonstrationen, die Streiks, der solidarische Kampf gegen die Zwangsräumungen oder die Besetzung brachliegenden Großgrundbesitzes geben den Betroffenen die Sicherheit nicht alleine zu stehen, öffnen ihnen den Blick in Richtung auf die Ursachen ihres Elends.

Ihr Schicksal, arbeitslos und von Obdachlosigkeit bedroht zu sein, ist Teil einer umfassenderen Erfahrung der spanischen Lohnabhängigen mit dem Kapitalismus, der sich ihnen im rapiden Zerfall des Sozialstaats, den Kürzungen bei allen staatlichen Leistungen und der ständig steigenden Arbeitslosigkeit zeigt: Unter dem Druck der Troika beschloss die Regierung, Haushaltseinsparungen allein für 2012 in Höhe von 35 Milliarden Euro, besonders im Sozial- und Bildungssektor. Sie will das Beförderungsangebot der Eisenbahnen um ein Drittel reduzieren. Sie privatisiert Dienstleistungen, wie z. B. Gesundheitseinrichtungen und die Wasserversorgung. Sie lockerte den Kündigungsschutz, senkte die Abfindungszahlungen und ermöglichte Lohnkürzungen. In gut einem Jahr unter den Konservativen haben erneut fast eine Million Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Immer mehr spanische Jugendliche suchen im Ausland einen Job.

Die Beschäftigten der Krankenhäuser demonstrierten in ihrer weißen Berufskleidung (Marea blanca) gegen die Privatisierung und Schließung von Spitälern. Sie brachten allein in der 6,5 Millionen Einwohner zählenden Region Madrid im Mai innerhalb weniger Tage eine Million Unterschriften für ihre Forderungen zusammen. Ebenso aktiv mobilisierten Lehrer, Schülern und Eltern (Marea verde) gegen den massiven Stellenabbau im Bildungsbereich. Unterstützung erhielten sie von der Bewegung des 15. Mai.

Stärke und Grenzen der sozialen Bewegungen

Die Bewegung des 15. Mai entwickelte sich zur Zeit der sozialdemokratischen Regierung Zapatero, die – parlamentarisch gestützt von der Vereinigten Linken (IU) – die Einschränkung der Rechte der abhängig Beschäftigten und die Einschnitte in staatliche Leistungen einleitete – ohne Gegenwehr der großen Gewerkschaften. Wie die Protestbewegung der Indignados kritisches Bewusstsein in der Bevölkerung förderte, so brachte sie auch die Gewerkschaften auf Trab, die dann Streiks organisierten und die Volksgesetzesinitiative unterstützten.

Individuell bringen sich IU-Mitglieder in die Bewegungen der um ihre Existenz ringenden Menschen ein. Sie sind starke Stützen des zivilen Ungehorsams zur Verhinderung von Zwangsräumungen und weisen als Gemeinderat nicht nur die örtliche Polizei an, Zwangsräumungen nicht mehr durchzuführen, sondern verhelfen den Opfern auch zu rechtlicher Beratung; auf Initiative der zuständigen IU-Ministerin setzte die andalusische PSOE /IU- Koalitionsregierung Mitte April durch, den Banken für die Dauer von drei Jahren das Gebrauchsrecht für ihre Wohnungen zu entziehen, wenn die Bewohner durch Zwangsräumungen ins soziale Abseits zu geraten drohen; als Bürgermeister eines Dorfes und IU-Abgeordneter im andalusischen Parlament, prangert ein Sprecher der aus der Landarbeitergewerkschaft hervorgegangenen SAT (Sindicato Andaluz de trabajo) an, dass in Andalusien 22 000 Hektar öffentlichen Bodens vielen Arbeitslosen Arbeit geben könnten. Bei einer Arbeitslosigkeit von 40 Prozent in einigen Gegenden Andalusiens hat die SAT schon mit mehreren Landbesetzungen auf sich aufmerksam gemacht.

Zwei Jahre nach ihrer Entstehung durch einen Aufruf in 58 Städten am 15. Mai 20011 sehen 15-M-Aktivisten der ersten Stunde ihren Erfolg darin, dass aus dem großen Unbehagen Aktionen geworden sind, dass die mit Schuldgefühlen verbundene Individualisierung bei so vielen Menschen überwunden werden konnte und dass Protest und Widerstand der einzelnen Bereiche Widerhall und Solidarität in der Bevölkerung gefunden haben: In der lohnabhängigen Bevölkerung traten bisherige Vorbehalte verschiedener Berufsgruppen zueinander zurück. Unter den Aktivisten verbreitet sich aber auch die Erkenntnis, dass Ein-Punkt-Bewegungen auf die Dauer nicht genügen. Es fehlen nicht nur eine Koordination der regionalen Initiativen, sondern auch Absprachen mit den zur Opposition gehörenden Gewerkschaften. Den im Kampf Engagierten ist ihre Selbstbestimmung wichtig. Ein großer Teil der Bewegung will deshalb mit der Vereinigen Linken (IU) nichts zu tun haben.

Die Protestbewegungen sind nicht an ihren materiellen Erfolgen zu messen. Im Ergebnis waren die Landbesetzungen nicht immer dauerhaft und nur ein geringer Teil der Zwangsräumungen konnte verhindert werden. Privatisierungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen konnten von der Regierung durchgezogen werden. Wenn auch die Polizeigewerkschaft SUP die Zwangsräumungen verurteilte und beschloss, ihren Mitgliedern bei Aktionen des Ungehorsams Rechtsschutz zu gewähren, mehrheitlich steht die Polizei im Lande zur Regierung. Aktivisten der sozialen Bewegungen werden mit Geldstrafen in große Schwierigkeiten gebracht.

Die größere Bedeutung der Protestbewegungen liegt in der Aktivierung breiter Schichten der arbeitenden Bevölkerung für ihre Interessen und ihre Einbeziehung in eine Debatte über die Gesellschaft, über den Sozial- und Demokratieabbau – in einer Krise des Kapitalismus, in der ihnen z.Zt. keine Partei Orientierung geben kann.

Zypern am Abgrund

Zypern, kleinstes Glied in der Kette der ökonomisch schwachen Euroländer, ist erst seit 1960 unabhängig. In seiner Geschichte hatte es viele ausländische Herrscher. 1191 Richard Löwenherz und die Kreuzfahrer, 1489 Venedig, seit 1571 die Ottomanen und ab 1878 Großbritannien. Den Briten diente Zypern zur Sicherung ihre Indienroute durch den Suezkanal. Militärische Stützpunkte haben sie dort noch heute.

Einwohnerzahlen zu Zypern:

838.897 Einwohner in der Republik Zypern (Volkszählung Dezember 2011), davon 179.547 Ausländer; 294.906 Personen im Nordteil der Insel (Volkszählung Dezember 2011, davon ca. 135.000 von CYP (= Republik Zypern) anerkannte Türkenzyprer); Anteil städtischer Bevölkerung: 70,2 Prozent (Quelle: Auswärtiges Amt)

Die Spaltung der Inselbevölkerung wurde von den britischen Kolonialherren in den 1950er Jahren durch die Rekrutierung türkischer Polizisten für die Unterdrückung des griechischzyprischen Widerstandes eingeleitet. Als der erste Präsident Zyperns, Erzbischof Makarios, versuchte, die 1959 auf der Londoner Zypernkonferenz ausgehandelte Verfassung der neuen unabhängigen Republik im November 1963 in 13 Punkten zu revidieren, kam es zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen den Bevölkerungsgruppen.

Der Versuch der griechischen Militärjunta, Erzbischof Makarios als Präsidenten zu stürzen und Zypern Griechenland anzugliedern, führte 1974 zur Besetzung des nördlichen Inselteils durch die Türkei. Der Norden hatte die schönsten Urlaubsgebiete und bis dahin 70% der Wirtschaftsleistung erbracht. Im Südteil der Insel (heute rund 839 000 Einwohner) musste sich die Bourgeoisie eine neue Wirtschaftsgrundlage aufbauen. Da sich im kapitalistischen Europa Bankengeschäfte in den Vordergrund schoben, investierte die Bourgeoisie des südlichen Teils Zyperns nicht nur in den Tourismus, sondern übernahm dann auch dieses Finanz-Wirtschaftsmodell.

Funktion und Bedeutung des Finanzkomplexes

In den 80er Jahren schlug die zyprische Bourgeoisie den Weg ein, das Land in ein Finanz- und Wirtschaftszentrum zu verwandeln. Tausende Unternehmen ließen sich auf der Insel nieder und brachten wichtige Devisen. Bei formaler Ansiedlung eines Unternehmens fielen nur geringe Steuern an, alle Geschäfte wurden über die zyprische Bank abgewickelt, wo auch die Betriebsrenten der Angestellten angelegt waren. Der Finanzsektor und die entsprechenden Dienstleistungen wuchsen stark an. Nach der Auflösung der Sowjetunion ließen die dortigen anarchischen wirtschaftlichen Zustände viel russisches Kapital abfließen. Ein Teil davon wurde in Zypern angelegt, wo die entsprechende Finanzinfrastruktur gute Voraussetzungen bot.

Mit dem EU-Beitritt Zyperns 2004 erreichte die zyprische Bourgeoisie zwar nicht die erhoffte EU-Unterstützung für ihre Interessen bei einer Wiedervereinigung der Insel, ausgebaut wurde jedoch die eingeschlagene ökonomische Entwicklungsrichtung, die mit der Aufnahme in die Eurozone 2008 weiter verstärkt wurde. Der Umfang der Finanzbranche wuchs auf das Achtfache des zypriotischen Bruttoinlandsprodukts (BIP).

72 Prozent der Zyprer arbeiteten im tertiären Sektor. Bei den Banken war fast die Hälfte der zyprischen Lohnabhängigen beschäftigt. Einschließlich der finanziellen Dienstleistungen erwirtschafteten sie 45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Damit sich die Zyprer ihre Häuser und Autos leisten konnten, verkauften einige neben ihrem Bankjob Mode, andere arbeiteten nach der Arbeit auf dem Bau oder halfen einem Freund in der Kneipe. In der Landwirtschaft waren nur 5 Prozent aller Beschäftigten tätig, als Hauswirtschaftshilfen dienten viele Südostasiatinnen und in den touristisch entwickelten Regionen inzwischen viele Saisonkräfte, vor allem aus Polen (60.000 Arbeitskräfte waren vor 2008 überwiegend aus EU-Ländern angeworben worden).

Da Briten und andere Vermögende vermehrt Land und Häuser für den Altersruhesitz kauften, haben sich die landwirtschaftlich genutzten Flächen besonders in den Touristenregionen seit dem EU-Beitritt verkleinert. Das billige Geld führte zu einem Bauboom, der zwischen 2004 und 2008 in einer Immobilienblase mündete. Die Aussicht auf vermeintlich hohe Profite lockte ausländische Investoren an, was die Immobilienpreise weiter anheizte. Diese Blase platzte 2008, also in der Phase der heraufziehenden globalen Finanzmarktkrise.

Der anfängliche Segen des Anwachsens der Finanzbranche schlug ins Gegenteil um. Mit der Entwicklung der Krise brachen der Tourismus und die Immobiliengeschäfte ein. Die Importe wuchsen auf das Dreifache der Exporte an, dem aufgeblähten Bankensektor stand eine schrumpfende Realwirtschaft gegenüber. Seit Mai 2011 war Zypern nicht mehr kreditwürdig. Zyprische Banker waren in Griechen-

land eingestiegen, als andere Banken der EU Griechenland schon verlassen hatten. Mit dem Schuldenschnitt für Griechenland verloren die zyprischen Banken etwa 4,5 Milliarden Euro, was etwa einem Viertel des zyprischen BIPs entspricht.

Die Regierung unter dem AKEL-Präsidenten Dimitris Christofias, die einerseits für eine soziale Politik gegenüber den Lohnabhängigen stand, unterschied sich in ihrer Haltung gegenüber den Kapitalisten nicht von bürgerlichen Regierungen. Besonders schwerwiegend war die fehlende Bankaufsicht durch die Zentralbank, durch die skandalöse Geschäfte möglich waren.

Durch den Druck von der EU sah sich die Akel-Regierung gezwungen, ab Juni 2011 drei Sparpakete zu beschließen. Das Versagen der Regierung in der Krise und das Absinken des Lebensstandards der lohnabhängig Beschäftigten führte dazu, dass sich am Ende der Legislaturperiode viele Wähler von ihr abwandten und ins Lager der Nichtwähler gingen. Wie schon andere europäische KPen vor ihr musste auch die AKEL erfahren, was es bedeutet, im Kapitalismus Regierungsverantwortung zu übernehmen: Enttäuschten hat sie nun keine Führung mehr geben können. Die Regierung wurde abgewählt.

Nach der Wahl des bürgerlichen Anastasiades zum Präsidenten leitete die Troika die Abwicklung des schon am Tropf der EZB hängenden zyprischen Bankenwesens ein. Nachdem die gut informierten Banken aus den anderen Euro-Staaten – besonders Deutschland und Frankreich – Gelder abgezogen hatten, konnte die Eurogruppe zyprische Sparer zur Kasse bitten. Kanzlerin Merkel forderte, wer vorher so hohe Zinsen kassiert habe, müsse jetzt zahlen. Erhoben wurde eine Zwangsabgabe auf Vermögen von mehr als 100.000 Euro auf Konten der beiden größten Banken des Landes.

Abwicklung einer Steueroase

Die Beschlüsse, die am 15. und am 25. März 2013 von der Troika getroffen wurden, zielten eindeutig auf die Zerschlagung des zyprischen Finanzsektors. Die Absicht ist offensichtlich, mit dieser Marktbereinigung den Euro zu stabilisieren. Entgegen der Versicherung der EU, für Freihandel auf einem großen Binnenmarkt zu stehen, muss sich Zypern verpflichten, den Kapitalverkehr ins Ausland erst einmal einzuschränken.

Die größte Bank, »Bank of Cyprus« (BoC), wird reorganisiert, die zweitgrößte, Laiki, zu einem Teil auf die BoC übertragen, der Rest ist inzwischen abgewickelt. Guthaben bei der BoC bleiben nur noch bis 100.000 Euro bestehen, alles darüber hinaus wird teilweise abgeschrieben oder zwangsweise in Aktien der Bank abgegolten. Da handelt es sich auch um Beträge, die z. B. der Mittelstand für seine Altersversorgung angespart hat. Diese Maßnahmen erregten internationale Aufmerksamkeit: Man hat Sparer (über 100.000 Euro) herangezogen und eine große Bank pleite gehen lassen. Das Überleben der BoC ist ebenfalls nicht gesichert: Sie musste auch die Schulden der Laiki-Bank übernehmen. Auf Druck der Troika mussten die Filialen beider Banken in Griechenland zu einem Spottpreis von 500 Mio. Euro (statt zu erwartender 3 – 4 Mrd. Euro) verkauft werden, deren Großkunden wurden nicht in das Sanierungskonzept einbezogen.

Der Abwicklung bzw. Verkleinerung der beiden großen Banken folgt die Rezession in der »Realwirtschaft«, weil – neben Griechenland – der Hauptadressat ihrer Kredite die zyprische Wirtschaft selbst ist. Dazu kommen die üblichen Kürzungsbeschlüsse. Von der Troika wird dem Land zwar ein Kredit von 10 Mrd. Euro gegeben, aber es wird ihm v. a. eine »Selbstbeteiligung« von 6 Mrd. Euro abverlangt – bei einem Bruttosozialprodukt von 17 Mrd. Euro ein heftiger Schlag ins Kontor.

Die Besonderheit Zyperns wird mit der »Überdimensionierung« seines Bankensektors und der Rolle als »Geldwaschanlage« für reiche Russen erklärt. Damit ist auch die Besorgnis der EU-Mächtigen verbunden, dass Russland Einfluss auf einen Mitgliedstaat der EU hat und diesen nutzen kann. Das Ganze relativiert sich allerdings mit einem Verweis auf andere Steueroasen wie Luxemburg und Österreich, in denen der Finanzsektor ein ähnliches Übergewicht hat. Ein kleines Land mit einem kleinen Bruttosozialprodukt gerät eben schneller in die Abhängigkeit von einem für diese Verhältnisse zu groß erscheinenden Bankensektor als große Industrieländer wie Frankreich und Deutschland.

Es geht der EU hier offensichtlich darum, den bisherigen Sparkurs beizubehalten, ein weiteres abschreckendes Beispiel zu demonstrieren und – speziell für Zypern – die Großmacht Russland in die Schranken zu weisen. Der Versuch der zyprischen Regierung – der abgewählten wie der aktuellen –, sich dagegen durch anfangs ablehnende Parlamentsbeschlüsse zu wehren, hat nichts gebracht. In Zypern beginnt mit der Abwendung vom bisherigen Wirtschaftsmodell die Umstellung auf Rezession und verschlechterte Lebensbedingungen, in Europa das Warten auf die nächste Teilkrise.

AKEL (Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou, Fortschrittspartei des werktätigen Volkes)

1926 wurde die Kommunistische Partei Zyperns (KKK) gegründet, 1931 verboten und 1941 als AKEL wieder gegründet. Im Gegensatz zu den griechischen Nationalisten organisierte AKEL den Widerstand gegen die britische Besatzungsmacht im türkischen wie im griechischen Bevölkerungsteil und organisierte keine Terrorakte, sondern Massenstreiks und Demonstrationen.

Obwohl über beide Parteien ein Verbot verhängt worden war, beschuldigte die Widerstandsorganisation EOKA die AKEL der Kollaboration mit den Briten. Die EOKA ermordete deshalb mehrere AKEL-Mitglieder. Die AKEL warf der EOKA-Führung ihrerseits Antikommunismus vor, insbesondere da der EOKA-Anführer Georgios Grivas im Griechischen Bürgerkrieg auf der Seite der konservativen griechischen Regierung gekämpft hatte.

1958 forderte die zyperntürkische nationalistische Organisation TMT Zypern-Türken auf, die AKEL zu verlassen. Der Herausgeber der Arbeiterzeitung wurde dann umgebracht, und der Leiter der türkischen Abteilung der AKEL nahen Gewerkschaft PEO floh aus Todesangst nach Großbritannien. 1965 ermordete die TMT den letzten türkischen Zyprioten im Zentralkomitee der AKEL.

Bei den Parlamentswahlen vom 27. Mai 2001 im Südteil Zyperns erhielt die Partei 34,7% der abgegebenen Stimmen und 20 von 56 Mandaten. 2006 blieb sie mit 31,1% stärkste Kraft und stellte vier Minister. In der Stichwahl zur Präsidentschaft 2008 gewann Akel-Kandidat Christofias mit 53%.

AKEL trat für ein unabhängiges, demilitarisiertes und blockfreies Zypern und für eine föderale Lösung des Zypernkonfliktes ein. Sie war ursprünglich gegen den EU-Beitritt Zyperns.

Lohnabhängige zahlen für die Stabilität des Euro

Hatte Kanzlerin Merkel getönt, der deutsche Steuerzahler dürfe nicht für Schwarzgelder russischer Oligarchen aufkommen, so haben die russischen Investoren nun in der Eurozone eine eigene große Bank, denn mit dem Eintausch ihrer Guthaben in Aktien der neuen Bank of Cyprus haben sie dort die Mehrheit

Schwer getroffen sind zyprische Unternehmen und ihre Beschäftigten, die nicht an ihr Geld herankommen: Indem auf Rückstellungen der Unternehmen für Betriebsrenten, für Lohngelder und laufende Geschäfte keine Rücksicht genommen wurde, sind Familien von Lohnabhängigen ohne Einkommen; denn einheimische Firmen haben ihr Geld auf zyprischen Banken. Auch humanitäre Organisationen und die kleinen Sparer, auf deren Konten weniger als 100 000 Euro liegen, sind betroffen.

Der zyprische Staat muss nun 4,5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung einsparen, Löhne senken, Arbeitsplätze streichen, Staatsfirmen privatisieren, Renten senken, Gebühren und Steuern erhöhen und Goldreserven verkaufen. Kleinunternehmer können kaum überleben. Das Bildungs- wie das Gesundheitswesen werden arg beschädigt. Die Bank of Cyprus startet neu mit einer Verschuldung bei der EZB, die mehr als die Hälfte des Bruttosozialproduktes beträgt. Da dieser Weg in die Rezession führt, ist er auch ein Weg in verstärkte Verschuldung. Die Einrichtung von Casinos sowie die Immobilienangebote an reiche Ausländer sind für die arbeitende Bevölkerung keine Lösung ihrer Probleme. Die sogenannte Rettung ist also erst der Beginn ihres Leidens.

Die Perspektive Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, steigende Armut lässt gegenseitige Hilfe wachsen. Der Aufruf des bürgerlichen Präsidenten Anastasiades, dafür zu sorgen dass 70 Prozent der Beschäftigen Zyperns Einheimische sind, fördert eine nationalistische Tendenz. 40.000 hauptsächlich südostasiatische Migranten, die für ihre Arbeit in zyprischen Haushalten nur die vorgeschriebenen 350 Euro Monatslohn erhalten, von dem sie auch noch eine Vermittlungsgebühr von 4000 Euro bezahlen müssen, sind die ersten, die in eine bedrohliche Lage geraten.

In der bürgerlichen Propaganda wird gerne so getan, als sei der Weg Zyperns zur Steueroase von der Bevölkerung mitzuverantworten. Gegenüber unseren Lohnabhängigen wird so ein Grund für die schwere Belastung der dortigen arbeitenden Bevölkerung gefunden.

Unter den zyprischen Lohnabhängigen entwickelt sich nach dem anfänglichen Schock Wut. Anfangs richtete sie sich gegen die EU und insbesondere die deutsche Regierung. Viele Menschen gingen wegen der Arbeitslosigkeit auf die Straße. Schüler und Studenten demonstrierten gegen ein Leben ohne berufliche Zukunft. Mehr und mehr richtet sich der Volkszorn jedoch gegen die einheimische Bourgeoisie. Allerdings werden die Ursachen in deren menschlichen Eigenschaften und nicht in ihrer Funktion im Kapitalismus gesehen. Die Lohnabhängigen haben bisher darauf gesetzt, dass Politiker stellvertretend für sie wirken. Mehrheitlich erkennen sie, dass diese gewählten Politiker ihren Teil zur Krise beigetragen haben. Mit dem Ruf »Zypern, sie verkaufen dich« macht nun auch die 2008 gegründete radikale rassistische Rechte »Elam« auf der Krisen-Insel auf sich aufmerksam.

Unter den gegebenen Voraussetzungen bleibt die Teilung Zyperns damit zunächst erhalten. Der Beschluss des EU-Gipfels von 2004, die ökonomische Isolierung der türkischen Zyprer aufzuheben, war von der griechisch-zyprischen Bourgeoisie torpediert worden. 2004, als der relativ hohe Lebensstandard im Südteil der Insel noch anziehend war, hatte sich noch eine deutliche Mehrheit im Norden für ein Ende der Teilung ausgesprochen. Heute hat ein krisengeschüttelter Süden der Insel für die 295 000 Einwohner im türkischen Norden Zyperns keine Anziehungskraft mehr.

Zypern ist – nach Griechenland, Irland, Portugal und Spanien – das fünfte Euroland, dessen Banken zur Stabilisierung des Euro und der Eurozone durch die Troika saniert werden. Auch wenn es eine staatenübergreifende Krise in der Eurozone ist, aufnehmen müssen die zyprischen Lohnabhängigen den Kampf gegen ihre eigene Bourgeoisie. Da die AKEL am zyprischen Anteil der Ursachen dieser Krise mitgewirkt hat, haben die zyprischen Lohnabhängigen heute keine Partei, die ihr Vertrauen hat.

Wie geht es russischen Oligarchen in Zypern?

Das beschlossene Sanierungskonzept eines »bail-in«, also eines »haircut« bei den Einlagen von mehr als 100 000 Euro, funktioniert wie folgt: 30 Prozent der Einlagen bei den beiden größten Banken Bank of Cyprus (BoC) und Laiki Trapeza (inzwischen liquidiert) wurden eingefroren (also letztlich gestrichen), während 37,5 Prozent in Aktien der (vorerst geretteten) BoC umgewandelt wurden. Für die restlichen 22,5 Prozent ist noch nicht entschieden, was mit ihnen geschieht, aber die Experten glauben, dass auch sie in Anteile an der Bank umgewandelt werden, da die Bank anders nicht zu retten sein wird. Das bedeutet, dass auf einen Schlag eine neue Klasse von Aktionären geschaffen wurde. Der Anteil russischer Staatsbürger (bzw. von Russen mit zypriotischer Staatsbürgerschaft) an dieser Gruppe wird – je nach dem Prozentsatz der ausgegebenen Aktien – auf 50 bis 60 Prozent geschätzt. [...]

Wie Präsident Anastasiadis erläuterte, plant seine Regierung weitere Anreize für russische Staatsbürger, etwa eine staatliche Garantie von Investitionen und Erleichterungen beim Kauf von Immobilien und beim Erwerb eines zypriotischen Passes. Auf die russische Klientel zielt auch die Ankündigung der Regierung, verstärkt auf Spielcasinos zu setzen, »um das Tourismusprodukt Zypern zu verbessern«, wie der zuständige Minister Giorgos Lakkotrypis erklärte. [...] Bloomberg zitiert einen Casino-Experten mit der Aussage: »Zypern könnte für die Russen das werden, was Mallorca für die Deutschen ist.« [...]

Da in die skandalösen Praktiken und Versäumnisse (vor allem auch der Bankaufsicht durch die Zentralbank) alle Regierungen der letzten zehn Jahre inklusive der »kommunistischen« Akel verwickelt waren, gibt es keine Partei oder politische Gruppierung, die heute mit sauberen Händen dastehen würde. Entsprechend ist die Akel, deren Präsident Christofias einen erheblichen Anteil an dem ganzen Desaster hat, in den Umfragen jämmerlich abgestürzt. Von den 30 Prozent der Wähler, die diese Partei seit jeher mobilisieren konnte, hat sie inzwischen gut die Hälfte verloren. Der Unterschied zu Griechenland liegt auf der Hand, dort hat die Syriza als langjährige Oppositionspartei mit dem alten Klientelsystem und den damit einhergehenden Korruptionsfällen nichts zu tun. Umso kritischer sehen es viele griechische Zyprioten, dass die Syriza die Akel noch immer als ihre »Bruderpartei« in Zypern sieht und deren Rolle in der Krise bislang nicht ernsthaft thematisiert hat.

Niels Kadritzke auf »NachDenkSeiten«

■ NIEDRIGLÖHNE IN DEUTSCHLAND

Mehr als ein Fünftel ist abgehängt

Eine Reportage in der ARD vom 13. Februar 2013 über Leiharbeit bei Filialen des US-Versandhandels-Konzerns Amazon in Deutschland (Bad Hersfeld, Leipzig) enthüllte Praktiken, die für ein »normales« Arbeitsverhältnis in diesem Land undenkbar scheinen. Am 27. Februar erfolgte eine Nachbearbeitung des Streifens in der Talkshow »Anne Will«. Die Gewerkschaft ver.di, deren im hessischen Bad Hersfeld zuständiger Fachsekretär in dem Film mehrfach zu Wort gekommen war, hatte ihr Ziel der Skandalisierung dieser Vorgänge erreicht. Es handelt sich hierbei einerseits um die mit Leiharbeit verbundene miese Bezahlung und willkürliche Kündbarkeit, andererseits um Kasernierung und Überwachung der überwiegend aus Spanien stammenden Saisonarbeitskräfte (sie wurden zur Verstärkung im Weihnachtsgeschäft eingesetzt) in Wohnblocks durch private Security. Organisiert hatte diese Zustände die von Amazon beauftragte Leiharbeitsfirma Trenkwalder International, von der sich der US-Konzern flugs trennte, um dem Vorfall den Anschein eines Betriebsunfalls zu verleihen. Inzwischen setzt ver.di nach: Die Gewerkschaft bestreikt erstmals diesen Konzern und fordert die Anerkennung des Einzelhandelstarifvertrags. Amazon weiß, dass er reagieren muss, um den Imageschaden auszugleichen, besteht jedoch bislang auf der Zugehörigkeit zur Logistiksparte, deren Tarifwerk für ihn kostengünstiger ist. Einen ersten Streik hat es gegeben, die Verhandlungen laufen derzeit noch.

Ein Skandal dieser Dimension wurde auch beim »guten Stern aus Stuttgart« aufgedeckt. Hier lässt sich Daimler Billiglohnarbeit durch »Hartz IV« vom Steuerzahler (also von uns, die wir mit Lohn- und Mehrwertsteuer das meiste beitragen) subventionieren. In der Ausgabe der von Journalisten 2011 in Stuttgart gegründeten und der TAZ nahestehenden »Kontext:Wochenzeitung«, Ausgabe 113, heißt es:«Die Niedriglohn-Bombe platzte kurz vor der Vorstellung der neuen S-Klasse. 80.000 Euro plus X will Daimler-Chef Zetsche für sein ‹Flaggschiff› kassieren, je nach Variante und Ausstattung. Doch ein Teil der Arbeit, die in der Luxuslimousine steckt, stammt von Hungerlöhnern. Fremdarbeitskräfte werden sie bei Daimler genannt, kurz FAK. Und wie das englische Wort, das ungefähr so klingt, fühlen sich auch einige: ‹gefucked›, erledigt, ausgeraubt.« In vielen Verwaltungsbüros und Produktionsbetrieben setzt die Konzernleitung LeiharbeiterInnen ein, die ein Drittel bis die Hälfte, oder Werkvertragsarbeiter, die sogar zwei Drittel weniger an Lohn bekommen als Stammbeschäftigte, die häufig die gleiche Arbeit verrichten. Auch in diesem Fall lief die Enthüllung zunächst über das ARD-Fernsehen, und nach einigen Tagen schauten Beamte der dem Zoll unterstehenden Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) beim Daimler vorbei. Das Ganze läuft inzwischen darauf hinaus, die Verhältnisse zwischen Kernbeschäftigung und Fremdvergabe juristisch sauber zu trennen und zu legalisieren, bspw. Trennwände einzuziehen, wenn WerkvertragsarbeiterInnen den Daimlerarbeitsplätzen optisch zu nahe kommen.

Die Skandalisierung dieser beiden Fälle wie auch anderer enthüllt nur die Spitze eines Eisbergs. Wir nehmen sie zum Anlass, die Verhältnisse im Niedriglohnbereich im Überblick darzustellen.

Struktur und Bedeutung des Niedriglohnbereichs

Die traditionelle und prinzipiell richtige Wahrnehmung, dass Deutschland ein Hochlohnland sei, muss schon längst dahingehend relativiert werden, dass ein Niedriglohnsektor entstanden ist und sich immer mehr ausbreitet. Die Lohnspreizung nimmt zu, die Tarifbindung ab, viele Menschen müssen ihre kargen Löhne mit Hartz IV aufstocken. Es liegt auf der Hand, dass das Kapital die Lohnkosten immer wieder senken muss: aus Gründen der Konkurrenz am Markt, der Rationalisierung in den Betrieben und der Verteuerung der Sachkosten im Produktionsapparat (»organische Zusammensetzung« des Kapitals nach Marx). Dazu kommt als wesentliches Motiv, die Arbeitskräfte durch ökonomischen Druck den Anforderungen der Unternehmensleitung gefügig zu machen (»Flexibilisierung«, »unternehmerisches Denken« etc.). Andererseits haben die Löhne in Deutschland historisch einen hohen Stand erreicht: Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterbewegung, aber auch des hohen Produktionsniveaus, das das Kapital zwingt, gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte anzuwerben und zu halten. In dieser Gratwanderung bewegt sich das Lohnniveau und differenziert sich in den einzelnen Bereichen aus. Ein Fünftel der Beschäftigten ist derzeit im Niedriglohnbereich mehr oder weniger abgehängt.

Das Statistische Bundesamt beschreibt in einer Pressemeldung vom 10. Oktober 2012 die Realität mit folgenden Zahlen: Demnach lag der Anteil der zu einem Niedriglohn Beschäftigten im Jahre 2010 bei 20,6% der Gesamtzahl der Lohn- und Gehaltbeziehenden. Niedriglohn wird in Anlehnung an die OECD definiert als zwei Drittel des Medianverdienstes. »Bei dem Medianlohn handelt es sich um den Median der Zahlenreihe, bestehend aus den effektiv gezahlten Bruttolöhnen aller Vollerwerbstätigen des Landes.

Das heißt, eine Hälfte aller Beschäftigten verdient mehr als den Medianlohn, die andere dementsprechend weniger als den Medianlohn« (Wikipedia, Stichwort »Niedriglohn«). Auf diese Weise wurde die Niedriglohngrenze im Jahr 2010 bei 10,36 Euro brutto festgestellt. Sie liegt somit nahe an der absoluten Armutsgrenze, die in Deutschland durch das Niveau von Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«, Regelsatz plus Wohn- und Heizkosten) markiert wird. Niedriglöhner gibt es besonders häufig in Verhältnissen der atypischen Beschäftigung (befristet, Teilzeit, Minijobs, Leiharbeit), nach Branchen gezählt in Dienstleistungsbereichen wie Einzelhandel, Gastronomie, Call-Center, Friseure, Taxifahrer und Kinos.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung in einer aktuellen Studie, veröffentlicht März 2013, die in ihrem Umfang hier natürlich nicht darstellbar ist. Die Forscher haben in 41 Wirtschaftszweigen mit rund 16 Mio. Beschäftigten mehr als 4700 Vergütungsgruppen ausgewertet und in Vergleichsstufen zusammengefasst. In der Stichprobe[1] wurden sieben Einkommenklassen gebildet, in denen folgende Ergebnisse ermittelt wurden:

unter 7,50 Euro	6% (282 Gruppen),
zwischen 7,50 und 8,49 Euro	5% (246 Gruppen),
zwischen 8,50 und 9,99 Euro	10% (481 Gruppen),
zwischen 10,00 und 14,99 Euro	48% (2.276 Gruppen),
zwischen 15,00 und 19,99 Euro	19% (913 Gruppen),
zwischen 20,00 und 24,99 Euro	7% (345 Gruppen),
bei 25,00 Euro und darüber	4% (171 Gruppen).

Hierbei ist zu beachten: In 528 Gruppen, d. h. 11% der Stichprobe, liegen die Einstiegslöhne unter 8,50 Euro (d. h. der vom DGB inzwischen geforderten Mindestlohnhöhe). In insgesamt 1009 Gruppen, d. h. 21%, liegen die Einstiegslöhne unter 10 Euro, d. h. unter der von Linkspartei und sozialen Initiativen geforderten Mindestlohnhöhe und dicht bei der vom Statistischen Bundesamt festgestellten Niedriglohngrenze. Einschränkend ist zu bemerken, dass die Forscher des WSI ihrer Statistik nur die Eingangsstufen der Vergütungsgruppen zugrunde legten. Nicht immer fällt also die gesamte Tarifgruppe in den Niedriglohnbereich.

Im Folgenden stellen sie fest: Große Anteile von Vergütungsgruppen unter 8,50 Euro gibt es in den Bereichen: Landwirtschaft (insbesondere Saisonkräfte), Floristik, Friseurhandwerk, Bewachungsgewerbe, Erwerbsgartenbau, Fleischerhandwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe, Gebäudereinigungshandwerk. Bereiche, in denen solche Niedriglohngruppen vorkommen, jedoch kein dominantes Kennzeichen darstellen, sind: privates Verkehrsgewerbe, Zeitarbeit (auf den ersten Blick überraschend, mittlerweile gibt es aber dort einen Mindestlohn), Sanitär-, Heizung- und Klimahandwerk, Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, feinkeramische Industrie, Dachdeckerhandwerk, Bekleidungsindustrie, Groß- und Einzelhandel. Überwiegend frei von Niedriglöhnen unter 10,– Euro sind: Metallindustrie, chemische Industrie, Bankgewerbe, private Abfallwirtschaft, Bauhauptgewerbe (dort existiert seit langem ein Mindestlohn nach dem Entsendegesetz), Eisen- und Stahlindustrie. Man sieht auf einen Blick, dass in den starken Sektoren von Industrie und Export besser gezahlt wird, während vor allem Dienstleistungs- und einige Handwerksbereiche das Nachsehen haben.

Zu den atypischen Beschäftigungsverhältnissen schreibt das Statistische Bundesamt in der bereits erwähnten Pressemeldung: »Die meisten Beschäftigten, die 2010 einen Niedriglohn erhielten, waren atypisch beschäftigt. Zur atypischen Beschäftigung, teilweise auch als flexible Beschäftigungsformen bezeichnet, werden vier Erwerbsformen gezählt: Teilzeitbeschäftigung mit bis zu 20 Wochenarbeitsstunden, befristete Beschäftigung, Zeitarbeit und Mini-Jobs. Fast jeder zweite (49,8%) atypisch Beschäftigte erhielt 2010 einen Verdienst unter der Niedriglohngrenze. Einen besonders hohen Niedriglohnanteil wiesen die geringfügig Beschäftigten mit 84,3% auf. Bei Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen lag der Anteil hingegen bei 10,8%. Als Normalarbeitsverhältnis gilt eine unbefristete Beschäftigung mit über 20 Wochenarbeitsstunden, die nicht als geringfügige Beschäftigung und nicht als Zeitarbeit ausgeübt wird.« Mit keinem Wort wird auf die überproportionale Benachteiligung bestimmter Personengruppen eingegangen, z. B. Frauen, MigrantInnen, Geringqualifizierte und Ungelernte, was andererseits aber nicht ausschließt, dass auch Höherqualifizierte und Männer sich mit Niedriglohn begnügen müssen, insbesondere wenn sie noch jünger sind und nicht über Berufserfahrung verfügen.

Auch die Tarifbindung spielt eine große Rolle: Das Statistische Bundesamt schreibt: »Bei nicht tarifgebundenen Arbeitgebern erhielt fast ein Drittel der Beschäftigten einen Niedriglohn (31,0%). Bei tarifgebundenen Arbeitgebern waren es mit 11,9% deutlich weniger. Besonders hoch war 2010 der Anteil von Beschäftigten mit Niedriglohn bei Taxifahrer/-innen (87,0%), Friseurinnen und Friseuren (85,6%) und im Reinigungsgewerbe (81,5%). Aber auch in Restaurants, Cafés und Gaststätten (77,3%), in Wäschereien und chemischen Reinigungen (73,6%) sowie in Kinos (73,5%) gab es besonders viele Beschäftigte mit Niedriglohn.«

Die Studie des WSI behauptet, dass Niedrigtarife auf dem Rückzug seien. Sie verweist auf prozentuale Aussagen: Im März 2010 lagen noch 16% der Vergütungsgruppen unter 8,50 Euro, im September 2011 waren es 13% und ein Jahr später nur noch 11%. Wie weit die Teuerungsrate hier hineinspielt, wird jedoch nicht untersucht, ebenso fehlen Vergleiche zwischen der beschlossenen Tarifstruktur und der Realität der gezahlten Löhne. Von der Tarifflucht bis zum Einsatz von Leiharbeit, Werkverträgen und erpresster unbezahlter Mehrarbeit gibt es vielfältige Möglichkeiten der Unternehmen, die Löhne zu drücken.

Einführung von »Hartz IV« – ein entscheidender Wendepunkt

Neben dem zunehmenden ökonomischen Druck der Unternehmer ist das politische Handeln des Staates von entscheidender Bedeutung. Schon unter Kohl und seinem Arbeitsminister Blüm wurde deutlich, dass die Deregulierung des Arbeitsmarktes – genauer: der Abbau der Rechte von Erwerbslosen – sich gegen die Beschäftigten richtete, um sie den Anforderungen des Kapitals noch mehr gefügig zu machen und ihre Interessenvertretungen, vor allem die Gewerkschaften, zu schwächen. Doch der eigentliche radikale Umbau folgte noch. Die Koalition von SPD und Grünen unter Schröder/Fischer erledigte ihn in den Jahren 2002 bis 2004 so gründlich, dass der soziale Abstieg nach »Hartz IV« eine bis dahin in Deutschland beispiellose Härte darstellt

1 Zu beachten ist hier, dass die Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2011 ca. 39 Mio. betrug (Fischer Weltalmanach 2013, S. 125). Direkte Tarifbindung lag 2011 nach Angaben des WSI-Tarifarchivs bei 59% (51% Flächen-TV, 8%, Firmen-TV), Tariflosigkeit bei 41% ("Orientierung" am TV bei 21%, ganz ohne 20%). Die "Stichprobe" geht also im Tarifbereich schon recht weit.

und Erwerbslose seitdem prinzipiell unter Generalverdacht gestellt werden, sich Sozialleistungen erschleichen zu wollen.

Schock Nr. 1 in der Gesetzgebung zu »Hartz IV« besteht in der Abschaffung der früheren Arbeitslosenhilfe, so dass Betroffene nach dem Bezug von Arbeitslosengeld (in der Regel ein Jahr, ab dem 50. Lebensjahr gestaffelt bis zu zwei Jahren) direkt in die »Arbeitslosengeld II« (Alg II) genannte Sozialhilfe fallen. Diese beseitigt alle Ansprüche aus der vorherigen Lohnhöhe und Beschäftigungsdauer und setzt für alle einen einheitlichen Regelsatz von derzeit maximal 382 Euro plus (angemessene!) Miete und Heizkosten fest (die Formulierung »Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe« ist bewusst irreführend und falsch). Seit 1. Januar 2013 beträgt der Regelsatz für Alleinstehende 382 Euro. Die weiteren Sätze für 2013 lauten: zusammenlebende Erwachsene je 345 Euro, erwachsene Kinder ohne eigenen Haushalt 306 Euro, Jugendliche von 14 bis 17 Jahren 289 Euro, Kinder von 6 bis 13 Jahren 255 Euro und Kinder bis zum sechsten Lebensjahr 224 Euro.

Schock Nr. 2 ist die – durch öffentlichen politischen Druck und interne Verwaltungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit – enorm verschärfte Kontrolle der Erwerbslosen. Schon die Antragsformulare sind hochkompliziert und erfordern oft sachkundige Hilfe allein beim Ausfüllen. Die Sanktionspraxis der Agentur gegen kleinste Verfehlungen (etwa das Verstreichenlassen eines Termins) ist rigoros und – wie interne Anweisungen erkennen lassen – darauf gerichtet, die sogenannten »Kunden« durch Sperrung von Leistungen zumindest zeitweilig aus der Statistik »verschwinden« zu lassen. Daher haben auch – im Vergleich zum alten System – Sanktionen und Widersprüche dagegen stark zugenommen. Hiermit werden gewerkschaftliche Rechtsabteilungen, Erwerbsloseninitiativen und private Anwälte beschäftigt. Die Zunahme dieser Konflikte ist einerseits begründet in der größeren Zahl der Betroffen (im Vergleich zu den Zeiten vor »Hartz IV«), andererseits nimmt mit der Verallgemeinerung der Erwerbslosigkeit auch die Entschlossenheit zu, sich gegen Zumutungen zur Wehr zu setzen.

Ein dritter Effekt von »Hartz IV« ist das Phänomen der Aufstocker. Bereits zu Zeiten der klassischen Sozialhilfe galt die Verpflichtung der Ämter, unzureichende Erwerbseinkommen »aufzustocken«. Daraus ist inzwischen ein System geworden, dessen sich Unternehmen gern bedienen, die aufgrund ihrer ökonomischen, branchenbedingten oder individuellen Lage Löhne am Rande bzw. unterhalb des Existenzminimums zahlen bzw. sich aus sonstigen Gründen skrupellos verhalten. Die o. a. Branchen mit Niedriglohngepräge kommen hier als erste in Betracht. Nach Zahlen des DGB waren im Juli 2012 1,32 Mio. Alg-II-EmpfängerInnen erwerbstätig, davon 557.000 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Sie mussten also aufstocken. Im Prinzip unterliegen sie den gleichen Regeln wie vollerwerbslose Alg-II-BezieherInnen, können also bspw. gezwungen werden, ihre bisherige Tätigkeit aufzugeben zugunsten einer anderen, deren Einkommen sie von Aufstockung unabhängig macht (dies spielt z. B. eine Rolle für die Lebenssituation alleinerziehender Mütter, die sich bei der Aufnahme eines Jobs immer fragen müssen, wo sie ihre Kinder lassen können).

Formen der prekären Beschäftigung

Außer »Hartz IV« gehörten zu den Hartzgesetzen weitere: In »Hartz II« wurden die Minijobs (»geringfügige Beschäftigung«, früher bis zu 400 Euro, seit 1. Januar 2013 450 Euro) neu geregelt. Für Minijobs gelten die normalen Regeln des Arbeitsrechts (Kündigungsschutz, Urlaub etc.), aber sie sind von Sozialabgaben befreit (stattdessen sind geringfügige Abgaben des Arbeitgebers an die sogenannte Minijobzentrale zu zahlen), und die Lohnsteuerpflicht wird pauschal mit 20% abgegolten. Im Februar 2012 wies die Statistik der Bundesagentur für Arbeit 7,45 Mio. MinijobberInnen aus, von denen etwa ein Drittel diese Tätigkeit als zusätzlichen Nebenjob ausüben. Zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten dürften Frauen sein.

In »Hartz I« wurden die Zeit- bzw. Leiharbeit neu geregelt und dafür das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) und das Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) geändert. Bisherige wichtige Einschränkungen wurden aufgehoben: das Synchronisationsverbot (d. h. die Einstellung und Entlassung von Leiharbeitern durch ihren Verleiharbeitgeber nach Auftragslage), das Wiedereinstellungsverbot (im Einsatzbetrieb) und die Beschränkung der Überlassungsdauer auf höchstens zwei Jahre (inzwischen gelten vier Jahre bei »sachgrundloser« Beschäftigung). Bekanntlich wurde im AÜG der Gleichstellungsgrundsatz (equal pay, equal treatment) verankert, jedoch gleich wieder ad absurdum geführt durch die Bestimmung, dass ein Tarifvertrag dies aufheben darf (also eine Verschlechterung zulasten der Beschäftigten herbeiführen darf). Der Vorteil der Anwendung besteht für den Entleihbetrieb nicht unbedingt in der direkten Senkung der Lohnkosten. Er zahlt ja nicht unmittelbar den Lohn des Leiharbeiters, sondern eine »Leihgebühr« an den Verleihbetrieb, der davon anteilig auch seine betrieblichen Gesamtkosten und seinen eigenen Profit deckt. Wirklich

vorteilhaft ist die Leiharbeit, weil sie die Verfügung über die Arbeitskraft auf die Spitze treibt. Die Kündigung des Einsatzes eines/r Leiharbeiters/in erfolgt beim Verleihbetrieb, Kündigungsfristen und Kündigungsschutzbestimmungen spielen für den Entleiher keine Rolle. Insofern bleibt die Anwendung der sogenannten Arbeitnehmerüberlassung in Deutschland bislang ein eher konjunkturabhängiges Phänomen. Im Jahre 1985 wies die Statistik erst 41.700 LeiharbeiterInnen auf, 1995 waren es 103.300, 2005 zum Jahresende 464.539. Ein erster Höhepunkt war zum Jahresende 2007 mit 721.345 erreicht. Im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise sackte die Zahl in 2008 und 2009 etwas ab, stieg ab 2010 wieder an und liegt jetzt bei 871.726.

Seit 1. November 2012 gibt es in der Leiharbeit den Mindestlohn von 8,19 Euro im Westen, 7,50 Euro im Osten. Tarifverträge von Zeitarbeitsfirmen mit den christlichen Pseudogewerkschaften wurden wegen deren fehlender Tariffähigkeit vom Gericht für ungültig erklärt. In einigen Branchen (Metall- und Elektroindustrie, Chemie-, Kautschuk- und Kunststoffindustrie, textilverarbeitende Industrie, Schienenverkehr) wurden in Tarifverträgen von den Entleihfirmen zu zahlende Branchenzuschläge in unterschiedlicher Höhe und Zeitstufen vereinbart. Diese geringfügigen Änderungen in der Leiharbeitspraxis veranlassten Unternehmen, statt der Zeitarbeit die für sie noch billigere Werkvertragsarbeit anzuwenden.

Formal ist der Werkvertrag nichts anderes als ein Kundenauftrag. Formal bleibt das ausführende Unternehmen

für den Arbeitsablauf verantwortlich, auch wenn dies in den Räumlichkeiten und mit den Einrichtungen und Werkzeugen der auftraggebenden Firma stattfindet. Die Löhne für Beschäftigte von Werkvertragsfirmen liegen meist noch unter denen von ZeitarbeiterInnen. Personalabteilungen großer Betriebe wissen nicht Bescheid darüber, wie viele WerkverträglerInnen bei ihnen arbeiten, weil diese nicht unter Personal-, sondern Sachkosten erfasst werden. Ein Schelm, der Böses dabei denkt und glaubt, es handele sich hier um die Anerkennung des marxistischen Kernsatzes, dass die Arbeitskraft eine Ware ist. Es ist vielmehr die Fiktion einer externen Dienstleistung, mit der Billiglohnarbeit verschleiert wird.

Mindestlohn

Diese Entwicklung des Niedriglohnsektors vollzog sich in Deutschland vor dem Hintergrund, dass es einen allgemeinen, branchenübergreifenden, flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn nicht gibt. Die Koalition von SPD und Grünen mochte ihn im Sinn gehabt haben, als sie die Hartzgesetzgebung erließ, aber sie setzte ihn nicht um. Mittlerweile ist er längst in der Diskussion, weil er dazu genutzt werden könnte, eine verbindliche Untergrenze einzuziehen, die Lebensverhältnisse in den unteren Schichten der arbeitenden und erwerbslosen Bevölkerung zu verbessern und die Kampfkraft der Gewerkschaften zu stärken. Dass die Situation so ist, wie sie ist, spiegelt eben deren Schwäche wider. Argumente von klassenbewussten Linken, dass der Mindestlohn nicht eine Aufgabe des Staates sein könne, sondern gewerkschaftlich erkämpft werden müsse, hört man inzwischen nur selten: Das eine schließt das andere ja auch nicht aus, sondern könnte/müsste sich ergänzen. Nur erfolgreiche und auf gewerkschaftlicher Basis breit organisierte Kämpfe können zu einem befriedigenden Erfolg führen.

Es geht nicht darum, den Staat zur Regelung des Mindestlohns als »Schiedsrichter zwischen Kapital und Arbeit« und als »dritte Partei« anzurufen. Staatseingriff an sich gefährdet noch nicht die Tarifautonomie, es ist vielmehr umgekehrt eine Illusion, zu glauben, man könnte in der bürgerlichen Klassengesellschaft den Staat aus der Regelung von Beziehungen zwischen den Klassen heraushalten. Dies beweist schon die Realität der umfangreichen Arbeitsgesetzgebung, gerade auch im Tarifrecht, wie z. B. das Tarifvertragsgesetz und das Entsendegesetz. Es muss von Seiten der Gewerkschaften darum gehen, die richtigen Forderungen im Sinne der Rechte der Lohnabhängigen zu stellen, für deren Durchsetzung zu mobilisieren, deren Einhaltung zu überwachen etc. Wer diese Realität und diese Notwendigkeit ausblendet, bringt die Arbeiterinteressen damit nicht voran und konzentriert sich in einer abstraktideologischen Sicht allenfalls auf die »kampfstarken« Bereiche, die mehr oder weniger für sich selber sorgen können. Damit unterstützt man ungewollt Betriebs-, Branchen- und Standortinteressen.

Die Gewerkschaften haben sich inzwischen dazu durchgerungen, einen gesetzlichen, flächendeckenden, branchenübergreifenden Mindestlohn von 8,50 Euro zu fordern (er ist Teil ihrer Vorstellungen von »Guter Arbeit« unter gegenwärtigen kapitalistischen Bedingungen). Soziale Bewegungen, Initiativen wie das »Rhein-Main-Bündnis gegen Billiglöhne und Sozialabbau (RMB)«, das »Aktionsbündnis Soziale Proteste (ABSP)« und viele andere kritisieren diese Grenze als völlig unzureichend, weil sie in vielen Fällen nicht davon befreit, Hartz-IV-Aufstockungsleistungen in Anspruch nehmen zu müssen. Sie kämpfen deshalb schon lange für 10,– Euro lohnsteuerfrei, die Partei Die Linke hat sich dies zu eigen gemacht.

Die Möglichkeiten der Gewerkschaften, einen gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen, sind eingeschränkt: Da er eine Forderung an den Staat bzw. den Gesetzgeber ist, können sie – juristisch gesehen – nicht dafür streiken, weil es sich um einen politischen Streik handeln würde (dieses Thema ausführlich zu erörtern, würde den Rahmen dieses

Artikels sprengen, doch spielt hier auch das jeweilige politische Umfeld eine Rolle). Gewerkschaften sind keine Parteien. Es ist ihnen, insbesondere dem Dachverband DGB, aber unbenommen, so vorzugehen wie linksgewerkschaftliche und soziale Bewegungsinitiativen, die ihre Forderungen mit ihren bescheidenen Mitteln der Skandalisierung, Bündnisarbeit, Demonstrationen etc. in die Öffentlichkeit bringen, um letztlich zu versuchen, das gesellschaftliche Klima zu kippen. Dass dies Früchte tragen kann, dafür gibt es Beispiele im Bereich Hartz IV (Neufestsetzung der Regelsätze für Kinder, Zuschüsse zum Mittagessen an Schulen etc.), wo lokale Behörden und schließlich der Gesetzgeber sich gezwungen sahen, Maßnahmen zu treffen. Dass das alles noch nicht annähernd zufriedenstellend ist, liegt an der Schwäche dieser Organisationen. Die DGB-Gewerkschaften haben sehr viel mehr in die Waagschale zu werfen und können auch mit einiger Phantasie und politischem Willen Mindestlohnforderungen in Arbeitskämpfe einfließen lassen.

Längst gibt es branchenbezogene Mindestlöhne, die für allgemeinverbindlich nach dem Entsendegesetz erklärt wurden. Dies ist eine Krücke, weil dieses Gesetz ursprünglich geschaffen wurde, um in Deutschland geltende Tarifstandards für hier arbeitende Unternehmen aus dem außerdeutschen Raum verbindlich zu machen. Dieses Verfahren bietet jedoch keine Lösung für Tarifbereiche, in denen Gewerkschaften zu schwach sind, den Unternehmern Zugeständnisse abzuringen, bzw. in denen sie gar nicht nennenswert organisiert sind. Aus genau diesem Grunde sind natürlich Parteien der schwarzgelben Koalition überhaupt gegen die Einführung eines einheitlichen Mindestlohns.

Die bisherigen Branchenregelungen sichern übrigens längst nicht alle ein Niveau von Mindestlöhnen oberhalb der Niedriglohnschwelle ab. Über 10,– Euro liegen bisher: Bauhauptgewerbe, Bergbauspezialarbeiten, Dachdeckerhandwerk, Gebäudereinigung (Westen), Maler- und Lackiererhandwerk (Westen), Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen; zwischen 8,59 Euro und 7,50 Euro: Abfallwirtschaft, Elektrohandwerk (teilweise), Gebäudereinigung (Osten), Maler- und Lackiererhandwerk (Osten), Zeitarbeit (Westen), Friseurhandwerk; unter 7,50 Euro: Elektrohandwerk (teilweise), Bewachungsgewerbe, Wäschereigewerbe, Zeitarbeit (Osten).

Historisch war die IG BAU der Vorreiter beim Abschluss von Mindestlohntarifverträgen, die anschließend für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Ansonsten lässt sich ein einleuchtender Zusammenhang zwischen diesen Branchen nicht erkennen, die Vereinbarungen erfolgten wohl eher aus inneren Gründen der Branchen selbst. Zwei Gewerkschaften machten sich frühzeitig für einen gesetzlichen Mindestlohn stark: ver.di und NGG. Beide haben in sich viele, teils große Bereiche, die schwach organisiert, an ihren Einsatzstellen zersplittert sind, kurz: auf sich allein gestellt nicht in der Lage sind, auskömmliche Löhne zu erkämpfen. Umgekehrt waren typische Hochlohngewerkschaften wie IG Metall und IG BCE lange strikt gegen einen gesetzlichen Mindestlohn; ihr schwaches, inzwischen aufgegebenes Argument hieß, die Tarifautonomie sei in Gefahr, wenn der Staat sich einmische. Inzwischen stimmt die IG Metall der DGB-Forderung des Mindestlohns von 8,50 Euro zu, die IG BCE beharrt auf »Branchenlösungen«.

Bei der Kontrolle der Betriebe auf korrekte Mindestlohnzahlungen durch die zuständigen Behörden des Staates geht es jedoch zu wie etwa in der Steuerprüfung: Sie ist schlicht unzureichend, wofür als Begründung mangelnde Kapazitäten herhalten müssen. Hunderttausende von Betrieben gebe es zu inspizieren, davon alleine am Bau 70.000 mit 750.000 Beschäftigten (Süddeutsche Zeitung, 25.

April 2013). Die beim Zoll angesiedelte Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) habe jedoch nur 6769 Planstellen, von denen 495 unbesetzt seien. Die Tricks der Unternehmen zur Vermeidung korrekter Lohnzahlungen sind vielfältig, und wo die Betroffenen aus Angst vor Arbeitsplatzverlust oder anderen Nachteilen sich nicht zu wehren getrauen, steht der Mindestlohn trotz allem häufig nur auf dem Papier. Es hängt hier nicht zuletzt am politischen Ansehen der Gewerkschaften und ihrem Willen, zugunsten ihrer Mitglieder einzugreifen.

Auswirkungen auf Stammbeschäftigte

Vor Niedriglohnbezahlung schützt auch Qualifikation nicht. Das Duisburger Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) teilte 2008 mit: »Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung hat sich deutlich erhöht (von 63,4% 1995 auf 71,9% 2008). Nimmt man die Beschäftigten mit einem akademischen Abschluss hinzu, sind mittlerweile vier von fünf Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland formal qualifiziert – ein auch im internationalen Vergleich extrem hoher Wert.« Damit ist in Deutschland sogar schon der Kern der Arbeiterschaft getroffen. Für BerufseinsteigerInnen ist es fast schon normal, zu Niedriglöhnen anzufangen, um sich erst einmal zu etablieren. Krasse Züge nimmt diese Erscheinung im Bereich von JungakademikerInnen und anderen hochqualiziert Ausgebildeten, der sogenannten »Generation Praktikum«, an, die von Unternehmen kostenlos getestet oder auch für längere Zeit missbraucht werden.

Sinken die Einstiegslöhne, so folgen ihnen früher oder später die höheren Stufen nach. Zu beobachten ist das praktisch in allen sogenannten Tarifvertragsreformen wie ERA in der Metallindustrie, TVöD im Öffentlichen Dienst, die Neueingruppierungen von Journalisten in Tageszeitungen und Zeitschriften, die aktuellen Verhandlungen im Einzelhandel u. v. m. Hier werden in der Regel durch sogenannte »Besitzstandklauseln« die schon länger Beschäftigten gegen künftige Neueingestellte ausgespielt. Auch auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen wie Sicherheitsstandards, Bereitschaftsdienste, Urlaubsregelungen und Krankmeldungen hat es Einfluss, wenn die Stammbeschäftigten die Erfahrung machen, dass die neben ihnen unter Bedingungen von geringfügiger Beschäftigung, Leiharbeit und Werkverträgen Arbeitenden ganz andere Kröten schlucken, als ihnen selbst bisher zugemutet wurden. Schon droht der Spruch: »Wenn du es nicht tust, stehen andere bereit.« Gewerkschaften, die den Standpunkt des Kapitalinteresses in der Form der Arbeitsplatz- und Standortverteidigung verinnerlicht haben, sind hier nur begrenzt in Einzelfällen eine (juristische) Hilfe.

Der Einfluss auf die gesamte Reallohnentwicklung in Deutschland kann mit auf den Niedriglohnsektor be-

grenzten Daten nicht exakt bestimmt werden. Wie oben festgestellt, verbilligt der Niedriglohn vor allem Dienstleistungen, Saisonarbeit und einige Handwerke, während der Druck auf das Gesamtlohnniveau eher indirekt ableitbar ist. Das WSI stellt fest, dass die Löhne in den letzten Jahren gestiegen sind, real aber noch unter dem Niveau der Jahrtausendwende liegen und natürlich weit hinter der Steigerung der Profite zurückbleiben. »Real, also nach Abzug der Preissteigerung, sind die durchschnittlichen Bruttolöhne je Beschäftigtem in Deutschland zwischen 2000 und 2012 um rund 1,8 Prozent gesunken. Die vergangenen drei Jahre, in denen die Löhne real um 1,2, um 1 und 0,6 Prozent zulegten, haben die erheblichen Verluste noch nicht ausgeglichen, die zuvor aufgelaufen waren. Schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Deregulierung am Arbeitsmarkt hatten dazu beigetragen, dass sich die Arbeitseinkommen in den 2000er Jahren schwach entwickelten. So verstärkten die Hartz-Reformen den Druck auf die Verdienste. Der Niedriglohnsektor wuchs. Immerhin wird der Rückstand kleiner: 2009 hatten die realen Bruttolöhne sogar um 4,6 Prozent niedriger gelegen als 2000«, heißt es in einer Pressemeldung des WSI vom 12.2.2013.

Niedriglohn bedeutet eine Spaltung der Klasse der Lohnabhängigen zum Nutzen des Kapitals. Er gehört mit zu den Faktoren, die es ihnen erschweren, ihre Interessen mit Hilfe ihrer Gewerkschaften zu verteidigen.

Bedeutung für den Kapitalismus

In einem Papier der Partei Die Linke (Chefvolkswirt der Bundestagsfraktion Michael Schlecht) von November 2012 heißt es in der Überschrift: »Lohndumping gefährdet Europa!« Was genau ist Lohndumping? »Unter dem Begriff Lohndumping versteht man die vertraglich vereinbarte Auszahlung von Löhnen, welche die im jeweiligen Land gültige Tariflohnniveaugrenze unterschreiten bzw. vollbeschäftigten Arbeitnehmern ein Existenzminimum nicht gewähren. Des Weiteren spricht man von Lohndumping, wenn die Vergütungshöhe eines Arbeitnehmers um ein Drittel geringer ist als der ortsübliche Lohn für eine vergleichbare Betätigung bei gleichem Dienstalter (tarifvertragliche Mindestlöhne)« (Wikipedia, Stichwort »Lohndumping«). Die Aufgeregtheit, die die Überschrift des Papiers suggeriert, beschränkt sich nach dieser Definition auf den hier umrissenen Niedriglohnbereich von ca. einem Fünftel der Beschäftigten. In dem moralisierenden Ton, den das Papier anschlägt, werden zudem andere im Vergleich wichtige Gesichtspunkte, wie etwa die Produktivität der einzelnen Volkswirtschaften, allenfalls gestreift.

Das Papier versucht, die Staatsschulden in der Eurozone auf das Außenhandelsungleichgewicht zwischen den prosperierenden Staaten (hier insbesondere Deutschland) und den wirtschaftlich schwächeren Ländern zurückzuführen, um diese Schieflage anschließend wiederum besonders am behaupteten Lohndumping festzumachen. Hieran werden im letzten Teil unter dem Stichwort: »Was getan werden muss« Reform- und Verhaltensvorschläge ausgebreitet. Es gehe darum, »Lohndumping« zu beenden, prekäre Arbeitsverhältnisse zu regulieren, um deren schädliche Wirkungen zu beseitigen, das »Sanktionsregime von Hartz IV« abzuschaffen, einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro einzuführen, die frühere Rentenformel wiederherzustellen usw. Damit soll nicht nur die Binnenkaufkraft gestärkt werden (ein altes Argument der Gewerkschaftsführungen), sondern: »So kann ein Beitrag geleistet werden, die (deutschen) Exportüberschüsse abzubauen (also die ‹Wettbewerbsfähigkeit› des deutschen Kapitals zu drücken, Anm. d. Verf.). Mit mehr deutschen Importen können andere Länder deutsche Exporte kaufen und vor allem auch bezahlen!«

Praktische Vorschläge sind gut und nützlich, soweit man sie als Mittel versteht, die Lebensbedingungen der Betroffenen zu verbessern und die Kampfpositionen der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften zu stärken, und soweit man auch bereit ist, in Betrieben, Gewerkschaften und auf der Straße dafür zu kämpfen und Maßnahmen einzuleiten, die sich nicht auf parlamentarische Vertretung reduzieren. Sie sind aber falsch, wenn dadurch der Eindruck verbreitet werden soll, man könne auf diesem Wege nach Maßstäben der Vernunft den Kapitalismus reformieren und die Kapitalisten zu Wohlverhalten in ihrem Interesse, das nicht unseres ist, ermahnen.

Kämpfe im Niedriglohnbereich

Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Betroffenen selbst versuchen, sich gegen ihre Lage aufzulehnen, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren, die Kämpfe in ihrem Bereich in die eigene Hand zu nehmen und Solidarität in anderen Sektoren einzuwerben. Beispiele dafür hat es in jüngster Zeit einige gegeben. Im Streik bei Gate Gourmet in Düsseldorf Oktober 2005 bis April 2006 war vieles von dem gegeben, wovon hier die Rede ist: Niedriglöhne, Einsatz der Leiharbeit zur Spaltung und zum Streikbruch, Selbstermächtigung der KollegInnen zum Streik, ein Unterstützerkreis linker AktivistInnen von außen, eine Gewerkschaftsführung der NGG, die von den AktivistInnen getrieben werden musste. Am Ende stand kein wirklicher Sieg, gemessen an den Erwartungen zu Beginn des Streiks, aber immerhin eine Art Selbstbehauptung mit einem Ergebnis, für das 61% der Streikenden stimmten. Einiges erinnert an die Situation bei Neupack, die wir im letzten Heft ausführlicher besprochen haben.

Im Organisationsbereich von ver.di gab es im letzten und in diesem Jahr mehrere wichtige Auseinandersetzungen im Niedriglohnbereich. Die Streiks im Sicherheitsgewerbe an Flughäfen und in Callcenters von Sparkassen brachten den Beschäftigten verhältnismäßig gute Ergebnisse, darunter die Anhebung ihrer Löhne auf mindestens 8,50 Euro. Die Enthüllungen über die Zustände bei Amazon sowie die laufenden Verhandlungen und Streiks um einen Tarifvertrag auf dem Niveau des Einzelhandels brachten diesen Konzern in ernsthafte Schwierigkeiten.

Verschiedene Kampagnen von Gruppen der Gewerkschaftslinken und der sozialen Bewegungen laufen gegen die Leiharbeit und zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Hier geht es vor allem darum, den Gewerkschaftsführungen einen grundsätzlichen Kurswechsel aufzuzwingen. Zunächst sieht es freilich nicht danach aus. Die Mindestlohnforderung haben die Vorstände mit der Höhe von bescheidenen 8,50 Euro besetzt und in ihre Festreden (1. Mai etc.) integriert, ohne dafür wirklich einen Finger zu rühren. Wie das Beispiel der Callcenter-Beschäftigten zeigt, spielt diese Marke inzwischen aber eine gewisse Rolle besonders bei ver.di. In der Leiharbeit sieht es ebenfalls finster aus: Trotz der günstigen Gelegenheit, die Tarifverträge auslaufen zu lassen, hat die Tarifgemeinschaft der DGB-Gewerkschaften mit fadenscheinigen Argumenten die Verhandlungen über ihre Verlängerung mit den Arbeitgeberverbänden BAP und IGZ begonnen. Eine wirksame Alternative dagegen wäre der allgemeingültige gesetzliche Mindestlohn, der auch für LeiharbeiterInnen gilt. Eine solche umfassende Bewegung ist aber unter derzeitigen Verhältnissen nicht in Sicht.

21.5.2013 ■

Lohntarifrunde 2013 bei Post

Die Forderungen, mit denen der Fachbereich 10 von ver.di in die diesjährige Tarifrunde zog, wurden von den Beschäftigten und den aktiven Vertrauensleuten wie den ehrenamtlichen Funktionären weitestgehend akzeptiert. Der Vorstand hatte für die Unternehmen der Logistikbranche einen Rahmen von vier bis sechs Prozent vorgegeben, wobei klar war, dass sich die Forderungen bei der Post angesichts der guten wirtschaftlichen Situation des Unternehmens eher im oberen Bereich bewegen würden. Zwar gab es hier und da etwas höhere Forderungen (Z. B. forderte die Betriebsgruppe des BZ 10 einstimmig 8%, mindestens aber 150 Euro), doch die Festlegung von 6% bei einer zwölfmonatigen Laufzeit fand bei den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten keinen Widerspruch.

Sie hatten realistisch gesehen, dass sich der Fachbereich damit im Rahmen der Forderungen der anderen Gewerkschaften bewegen und schlussendlich auch ein Ergebnis wie bei den bereits abgeschlossenen Tarifrunden des Jahres herauskommen würde, knapp 3% jährlich bei einer ca. zweijährigen Laufzeit. Sie wussten auch, dass weder beim Vorstand des Fachbereiches, noch bei der Tarifkommission und auch nicht bei den Mitgliedern die Bereitschaft bestand, für höhere Forderungen in einen Konflikt zu gehen.

In einem Punkt konnten die Diskussionen in den Betriebsgruppen und den Bezirken allerdings die Vorgaben des Vorstandes verändern. So verlangten fast alle Bezirke, dass eine soziale Komponente eingebaut werden müsse. Die unteren Lohngruppen sollten stärker vom Ergebnis profitieren als die höheren. Die Konzerntarifkommission beschloss nach kurzer Debatte, eine Mindesterhöhung von 140 Euro in ihren Forderungskatalog aufzunehmen.

Zentrales Problem:
Die Arbeitszeiten in der Zustellung

Bei den bezirklichen Vertrauensleutekonferenzen, die der Fachbereich zum Auftakt der Tarifrunde durchführte, spielte die Höhe der Forderung kaum eine Rolle. Hauptthema in den Beiträgen der KollegInnen waren die Arbeitszeiten, besonders die in der Zustellung bei Brief, aber auch Paket. Aus den Betriebsstätten wurde von einer Entwicklung zur Entsolidarisierung berichtet. Jeder sehe nur noch »seinen« Bezirk und wolle um jeden Preis fertig werden, weil er sonst vom Arbeitgeber unter Druck gesetzt werde. Da derzeit nicht erkennbar ist, dass die tarifvertraglichen Regelungen zur Arbeitszeit umgesetzt, noch die in den Niederlassungen ausgehandelten örtlichen Betriebsvereinbarungen zu einer Beschränkung der Überstunden führen, wachse die Distanz zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung. Schon allein um dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen und gewerkschaftliches Handeln wieder erfahrbar zu machen, verlangten viele KollegInnen, müsse jetzt nach Jahren der Arbeitskampfruhe endlich mal wieder gestreikt werden.

Bei den Streikversammlungen war die Stimmung unter den beteiligten KollegInnen gut. Viele freuten sich, dem Arbeitgeber endlich mal wieder ihre Macht zeigen zu können. Die Atmosphäre in den Streikversammlungen war nicht von Konkurrenz, sondern von Solidarität geprägt.

Allerdings darf nicht übersehen werden, dass in einigen Bereichen die Streikbereitschaft nicht sonderlich hoch war. In Berlin Zentrum nahmen von zweihundert aufgerufenen Zustellern nur etwa 40% am Streik teil. Zieht man die

Beamten und die befristet Beschäftigten ab, bleiben viele KollegInnen übrig, darunter auch Vertrauensleute und Gewerkschaftsmitglieder, die sich dem Aufruf von ver.di verweigerten. Sie gaben an, dass sie bei einer Teilnahme am kommenden Tag die angefallenen Rückstände nicht würden bewältigen können.

Ob diese Beobachtung auch bundesweit zutrifft und Ausdruck eines Loyalitätsbruch bei den Beschäftigten gegenüber ihrer Gewerkschaft ist, lässt sich derzeit schon allein deshalb nicht klar beantworten, weil die Gewerkschaft von den 130.000 Tarifkräften nur knapp 10.000 zu Arbeitskampfmaßnahmen aufrief.

Unter den Postbeschäftigten hat ver.di derzeit einen immer noch recht hohen Organisationsgrad von etwa 60%. Allerdings gibt es leichte Rückgänge bei den Mitgliederzahlen. Gewerkschaftliche Veranstaltungen des Fachbereichs werden kaum noch besucht, übergreifende nur noch von verschwindend kleinen Kernen. In Berlin haben, soweit wir wissen, weder der Fachbereich noch die einzelnen Betriebsgruppen die Mitglieder aktiv mit einem Flugblatt zur Teilnahme an der 1. Mai Demonstration des DGB aufgerufen. Wer gewerkschaftliche Arbeit auf Betriebsratstätigkeit und Sitzungen von Gremien reduziert, darf sich über Mitgliederschwund nicht wundern.

Bewertung des Abschlusses

In den Diskussionen nach Abschluss des Tarifvertrages wurde das Ergebnis (Vier Nullmonate, ab 01.08.2013 3,1% Erhöhung, ab 01.10.2014 weitere 2,6%, Laufzeit bis 31.05.2015, also knapp 3% Lohnzuwachs über die gesamte Laufzeit, mindesten 2.200 Euro Entgelterhöhung während der Gesamtlaufzeit) von den Mitgliedern überwiegend hingenommen. Die Kritik blieb zurückhaltend. Sie konzentrierte sich vor allem auf die mit 26 Monaten außergewöhnlich lange Laufzeit und die anfänglichen vier Nullmonate. Unzufrieden waren viele auch damit, dass die soziale Komponente sich nur als Einmalbetrag darstellte und das Tarifgefüge zwischen den Lohngruppen nicht strukturell änderte.

In der innergewerkschaftlichen Diskussion wie auch unter den Mitgliedern hat die Debatte über das Tarifergebnis nicht lange vorgehalten. Die Kritik daran hat auch für die wenigen Linken keinen Ansatz geboten, ihre Position unter den Beschäftigten zu stärken.

Im Vordergrund der kommenden gewerkschaftlichen Debatten werden eher andere Themen stehen, wie der Erhalt der Arbeitsplätze, die Sicherung der bestehenden tarifvertraglichen Ansprüche, die Fragen der Mitgliederbindung, die Regulierung Arbeitszeit in der Zustellung, das Verhältnis zu den Befristungen (aktuell knapp 9% der Beschäftigten), der Umgang mit den einsatzbeschränkten wie den älteren KollegInnen und die wachsende Kluft zwischen den KollegInnen mit Besitzstand und denen ohne.

Die Interessen der KollegInnen bei der Post werden durchgesetzt werden müssen gegenüber einem Vorstand, der einen zunehmend härteren Kurs gegenüber den Beschäftigten einschlägt. Verschiedene Vertreter der Unternehmensspitze haben bereits deutlich gemacht, dass der Abschluss zu hoch ausgefallen ist. Er müsse deshalb in den kommenden Jahren durch Leistungssteigerungen oder Abstriche bei den bestehenden Tarifverträgen kompensiert werden. 08.07.2013 ■

Gewerkschaftsaktivitäten bei den privaten Postunternehmen

Bei den neuen, allein privatwirtschaftlich arbeitenden Postunternehmen im Brief- wie Paketbereich sieht es mit der Verankerung der Gewerkschaft insgesamt noch um ein Vielfaches schlechter aus als bei der Post. Die Zahl der Mitglieder ist in der Mehrzahl der Betriebe gering. Ver.di hat bei diesen Unternehmen in den letzten Jahren fast nirgendwo (Ausnahme UPS und einige Verteilzentren) die Anerkennung tariflicher Regelungen bei der Lohnzahlung und der Eingruppierung der Beschäftigten durchsetzen können.

Weil aber auch der Fachbereich weiß, dass er ohne Verankerung in diesen Logistikfirmen auf Dauer auch die Standards bei der Post nicht wird halten können, hat er im März dieses Jahres eine Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in diesem Sektor gestartet. Kern der Forderungen ist die Beendigung des Outsourcings von Verteil- und Zustellleistungen im Paketsektor. Im Regiopark in Mönchengladbach, wo sich viele der neuen Paketdienstleister angesiedelt haben, hat der Fachbereich Postdienste, Spedition, Logistik zusammen mit dem Fachbereich Handel des Bezirks in einem Container ein Aktionsbüro eröffnet, um für diese Ziele zu werben und neu Mitglieder zu organisieren.

Aber auch im Briefsektor herrscht kein Stillstand. In Oldenburg kämpfen die Zusteller der Nordwest-Zeitung gegen ihre derzeitigen Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen. Die Verhandlungen verlaufen ähnlich zäh wie etwa bei der CfM, Amazon oder bei Neupack. Das Unternehmen zieht alle Register, um die Anerkennung eines Tarifvertrages zu verhindern.

Bei der PIN AG, die in Berlin mit ca. 30% Marktanteil zu einem ernsthaften Konkurrenten der Post aufgestiegen ist und etwa 1.100 überwiegend in Teilzeit arbeitende Beschäftigte entlohnt, unternimmt ver.di derzeit erneut den Versuch, einen Lohn- und Manteltarifvertrag durchzusetzen. Beim ersten Mal ist der Fachbereich mit einer dilettantischen Strategie, die allein auf die Gutwilligkeit des Unternehmers setzte, gescheitert. Hunderte Austritte und ein heillos über die Frage der zukünftigen Interessenpolitik im Betrieb zerstrittener Betriebsrat waren die Folge. Aktuell setzt der Fachbereich nur auf die Mobilisierung im Betrieb. Dass er auch die bei der Post Beschäftigten zur Solidarität heranziehen will, ist nicht erkennbar.

Man kann sicher kritisieren, dass diese Initiativen reichlich spät kommen und mit ihrer übergeordneten Zielvorstellung, »faire« Arbeits- und Entlohnungsbedingungen im Logistiksektor zu schaffen, eher friedlichschiedlichen Charakter haben. Doch statt ihnen und dann noch von außen die Vorstellungen aus den 70er Jahren als Maßstab entgegenzuhalten, sollte man sich aktiv einschalten. Denn einmal machen nahezu alle der in solche Auseinandersetzungen einbezogenen KollegInnen in ihnen ihre ersten gewerkschaftlichen Erfahrungen, zum anderen hat es bisher in der Geschichte der Bunderepublik nahezu keine erfolgreichen Konflikte in Bereichen mit einem hohen Anteil von prekär Beschäftigten gegeben, an die man etwa anknüpfen könnte, und schließlich führen diese Aktivitäten zu neuen Debatten in den Gewerkschaften.

Naziaufmärsche am 1. Mai im Rhein-Main-Gebiet

Zum 1. Mai 2013 kündigte die NPD bereits Mitte des Vorjahres eine Demonstration vor dem Gebäude der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt an. Hiermit erhob die bekannteste und wohl bestorganisierte Gruppierung der deutschen Nazi-Szene den Anspruch, endlich wieder in der »Metropole des (jüdischen) Finanzkapitals« präsent zu sein, aus der sie bzw. andere Nazigruppen von AntifaschistInnen in vergangenen Jahren immer wieder abgewehrt worden waren oder in der sie nur in einem dichten Polizeikessel hatten laufen können.

In Frankfurt reagierten die antifaschistischen Gruppen, darunter die 2001 als breites Bündnis gegründete Antinazikoordination, durch die Bildung eines Antifaschistischen Ratschlags. Dessen Aufgabe bestand darin, die Gegenmobilisierung auf den Straßen Frankfurts zu organisieren. Er umfasste am Ende mehr als 100 Gruppen aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet zwischen Wiesbaden, Darmstadt, Hanau und Friedberg und bildete Arbeitsgruppen, um die vielfältig anfallenden Aufgaben von Öffentlichkeitsarbeit, Organisierung und Finanzierung zu bewältigen.

Das politische Klima in der BRD, so auch im Rhein-Main-Gebiet, ist zurzeit geprägt von den Ereignissen um die Mörderbande des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) und der Diskussion um das beantragte NPD-Verbot. Dies bot die Chance einer breiten positiven Aufnahme der Mobilisierung gegen den NPD-Aufmarsch in der Bevölkerung. Beide Themen sollen hier zunächst kurz angerissen werden.

NSU-Terror

Aktivitäten von Nazis oder – wie man heute zu sagen pflegt – Neonazis hat es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland immer gegeben. Dazu gehörte die Gründung von Naziparteien ebenso wie der Terror, ausgeübt von klandestinen Gruppen, die sich ideologisch auf die von SS-Reichsführer Himmler im September 1944 gegründete Organisation Werwolf bezogen (»Grundlegende Regeln für den Partisanenkrieg«). Es floss Geld, es wurden Pläne geschmiedet, Waffen und Sprengstoff gesammelt, Schießübungen veranstaltet, Todeslisten angelegt, auf denen GewerkschafterInnen, AntifaschistInnen und hochrangige Politiker – z.B. der SPD-Vorsitzende der fünfziger Jahre, Erich Ollenhauer – standen.

In den siebziger Jahren begann die Zeit der Wehrsportgruppen, von denen die WSG Hoffmann die bekannteste war. Sie war u. a. verantwortlich für den Anschlag vom 26. September 1980 auf dem Münchener Oktoberfest, in dem 13 Menschen durch ein Bombenattentat getötet wurden. Dennoch: Die Aufmerksamkeit von Polizei und Verfassungsschutz galt der Rote-Armee-Fraktion und anderen Linksgruppen, die für den Bestand des Staates und der kapitalistischen Ordnung als gefährlicher galten (dies von der politischen Zielsetzung her zweifellos zu Recht, im Gegensatz zu den Nazis). Waffenfunde und Terroranschläge aus der rechten Szene führten zu Skandalisierungen in der Öffentlichkeit, in denen Politik und Behörden stets versuchten, die Zusammenhänge auf die Figur des »Einzeltäters« zu verharmlosen.

In den achtziger Jahren verstärkten sich solche Anschlagsaktivitäten, in den Neunzigern kam der Straßenterror hinzu, der sich gegen MigrantInnen, Linke, Obdachlose, Menschen mit Behinderungen richteten. Im letzten Jahr (2012) wurde daran erinnert, dass das Pogrom gegen das Migrantenheim in Rostock-Lichtenhagen zwanzig Jahre her ist. Die schwarzgelbe Koalition unter H. Kohl nutzte damals (1992) die geschürte Empörung für eine so weitgehende Einschränkung des Asylrechts, dass es seither nur noch für Sonderfälle gilt. SPD/Grüne in der Regierung änderten daran nichts. Sie riefen gegen den rechten Terror zu folgenlosen Lichterketten, dem »Aufstand der Anständigen«, auf.

Dieses Verhalten setzte sich logischerweise gegenüber dem NSU, reduziert auf das sogenannte »Zwickauer Trio«, fort. Durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse im Bundestag und thüringischen Landtag sowie die daran anschließende Berichterstattung der bürgerlichen Presse ist die Entstehung der Gruppe aus dem vom Verfassungsschutz geförderten »Thüringer Heimatschutz« (THS) in-

zwischen bekannt. Daran schließt sich eine Abfolge von »Pleiten, Pech und Pannen« der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden bei der Beobachtung der terroristischen Aktivitäten über Jahre hinweg sowie der nachträglichen Aufklärung an. Nur auf öffentlichen Druck, so viel ist klar, geben Polizei, Verfassungsschutz und zuständige Minister Erkenntnisse preis. So gab Bundesinnenminister Friedrich Mitte Oktober 2010 bekannt, dass mehr als 100 per Haftbefehl gesuchte Neonazis seinerzeit auf freiem Fuß unterwegs seien. Die Zahlen sollen nun halbjährlich aktualisiert werden. Grünen-Chef Cem Özdemir beklagte daraufhin, dass die Sicherheitsbehörden nichts dazu gelernt hätten, während der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter sich über die »postmortale Klugscheißerei« der »angeblichen Experten zum Thema innere Sicherheit« aufregte (FR v. 22.10.2012). AntifaschistInnen müssen dafür sorgen, dass das Thema nicht bei solchen Experten bleiben kann. Zur Zeit der Niederschrift dieses Artikels beherrschen die Auseinandersetzungen um die Öffentlichkeit beim NSU-Prozess (Sitzverteilung der Presse im Gerichtssaal) die Berichterstattung in den Medien.

NPD – Die Verbotsdiskussion

Die NPD, 1964 gegründet, steht immer wieder mal im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Einerseits wird sie unterschätzt, wenn man ihre schwankenden Mitgliederzahlen, ihre geringe Präsenz in Parlamenten und ihre klägliche Rolle dort beobachtet. Andererseits wird sie überschätzt, wenn das Missverständnis verbreitet wird, ein Verbot dieser Partei würde die rechtsextreme Szene im Nerv treffen oder gar vernichten. Die Partei ist in der Lage, Führungskader, Medien, Infrastruktur, Geld und Immobilien bereitzustellen – nicht mehr und nicht weniger. Sie sammelt dafür Spenden und nutzt die staatliche Parteienfinanzierung. Durch ein Verbot – wenn es denn nach Überwindung aller juristischen Hürden gelänge – würden diese Kanäle vielleicht für eine kurze Weile trocken gelegt. Lange würde es jedoch nicht dauern, bis eine neue Organisationsstruktur an diese Stelle treten könnte. Eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geht am Kern, den Wurzeln in der Mitte der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaft, vorbei, wenn sie sich auf obrigkeitliche Parteienverbote reduziert.

In der rechten Szene wird die NPD teils aufgrund ihrer Parlaments- und Organisationsstruktur als Zentrum angesehen, teils jedoch wegen ihres Führungsanspruchs kritisiert bzw. ignoriert. Sie hat mit der Auflösung der DDR einen massiven Aufschwung ihrer Aktivitäten und Mitgliederzahlen erlebt. Unter dem Vorsitz von Udo Voigt (1996 – 2011) schlug sich dies vor allem in einigen ostdeutschen Ländern in Parlamentsmandaten nieder. Gleichzeitig vollzog sich aber auch ein Niedergang in der Mitgliedschaft der Partei, der in Zahlen des Verfassungsschutzberichtes 2011 (FR v. 23.10.2012) etwa so aussieht: Von 2008 bis 2011 sank die Zahl der in rechtsextremen Parteien organisierten Mitgliedern von 13000 auf 7600 herab; die NPD übernahm dabei durch Fusion zum 1. Januar 2011 die damals noch bestehende, zahlenmäßig größere DVU (Deutsche Volksunion). Der gleiche Bericht listet daneben noch weitere Strömungen auf mit insgesamt ca. 16000 Personen, davon 7300 »subkulturell geprägte Rechtsextremisten«, worunter wohl u. a. Autonome Nationalisten zu verstehen sind.

Damit begann eine Diskussion über die weitere Parteistrategie, die den sächsischen Landesvorsitzenden Holger Apfel an die Spitze der Bundespartei brachte. Dessen »Plan war und ist, der Partei ein weicheres Image zu verpassen und so die Wahlchancen wieder zu erhöhen« (Toralf Staudt/Johannes Radtke, Neue Nazis. Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts, Köln 2012, S. 119). Doch hier ist festzuhalten: Es geht nur um oberflächliche Tünche, nicht um die Abkehr von völkischer Ideologie. »Doch just zu diesem Amtsantritt flog die Terrorzelle NSU auf, die dunkelste Seite des Rechtsextremismus füllte plötzlich die Nachrichten, und direkte Verbindungen der Jenaer Terroristen zu Parteifunktionären wurden bekannt« (ebenda, S. 119). Natürlich hängt die NPD mit drin. Aber diese Gewalttaten gehen auch ohne sie ab. Ein tatkräftiger Förderer der Jenaer Gruppe war bekanntlich der thüringische Verfassungsschutz selbst.

Das Geschichtsbild Apfels wird mit dessen eigenen Worten aus dem Jahre 1999 deutlich: »Als am 8. Mai 1945 mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht unter dem letzten Reichspräsidenten Karl Dönitz (Anm: von Hitler »testamentarisch« ernannter »Nachfolger«, in Nürnberg zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt) der Traum vom Deutschen Reich als Zentrum der Macht in der Mitte Europas zerstört und Deutschland von den alliierten Siegermächten USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion besetzt wurde, starb für Millionen von Menschen der Glaube und die Hoffnung an die Zukunft ihrer Nation« (Staudt/Radtke, S. 135). Dies entspricht nicht nur dem Bild, das die Nazi- und Wehrmachtstrategen zusammen mit den führenden Kreisen der Wirtschaft von der sogenannten Neuordnung Europas im Zweiten Weltkrieg hatten (ähnlich auch den Plänen im Ersten). Es ist auch – mit anderen Mitteln – anschlussfähig an konservative EU-Politik im Deutschland von heute.

Das Konzept des Politprofis Apfel ist auf die Stärkung der NPD in der rechten Szene, in der bürgerlichen Öffentlichkeit und in den Parlamenten ausgerichtet. Eine Skandalisierung des NSU-Terrorismus kann er dafür nicht gebrauchen. Er kann (und will) sich aber von ihm nicht trennen, denn er ist Fleisch vom selben Fleische. Die NPD ist mit ihrer langen und wechselvollen Parteigeschichte eine Stütze der rechtsextremen Szene in Deutschland, die trotz ihrer Krisen durchaus nicht abgeschrieben werden darf.

Erfolgreiche Blockade in Frankfurt

Im Aufruf zur Mobilisierung formulierte der Antifaschistische Ratschlag folgenden Aktionskonsens: »Unser Ziel ist es, den Naziaufmarsch in Frankfurt am 1. Mai 2013 zu verhindern! Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns dieses Ziel teilen. Dazu sind verschiedene Aktionsformen notwendig. Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Naziaufmarsch. Unsere Massenblockaden sind Menschenblockaden. Von uns geht dabei keine Eskalation aus.« Es war die Konzeption eines breiten Bündnisses und der Minimierung individueller Risiken.

Weiter hieß es im Aufruf: »Wir erinnern: Am 2. Mai 1933, vor genau 80 Jahren, stürmten die Faschisten die Gewerkschaftshäuser. GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen wurden verfolgt und ermordet und ihre Organisationen zerschlagen. Heute wollen die Nazis der NPD am 1. Mai, dem internationalen Kampf- und Feiertag der ArbeiterInnen, in Frankfurt demonstrieren. Das lassen wir nicht zu! Über 190 Todesopfer haben die Faschisten in der BRD seit 1990 zu verantworten!«

Wie üblich, gab es seitens der Stadt einen halbherzigen Versuch, den Naziaufmarsch zu verbieten. Die Begründung war nicht, dass die Kundgebung der NPD aufgrund ihrer menschenverachtenden Inhalte verboten werden sollte, sondern wegen der Sorge vor Ausschreitungen von Seiten der AntifaschistInnen. Aber auch dies wurde vom Verwaltungsgericht kassiert. Lediglich der Platz vor der EZB wurde untersagt, stattdessen die Erlaubnis für die Kundgebung am Ostbahnhof (Danziger Platz) gegeben.

Im gleichen Sinne führte das sogenannte »Römerbergbündnis« (organisiert von den Spitzen der Rathausparteien und der Gewerkschaften) seine »antifaschistische« Maikundgebung auf eben jenem Römerberg (wo das Frankfurter Rathaus steht) durch, weit weg von der zu erwartenden Nazikundgebung. 5000 Menschen versammelten sich dort und hörten Reden an, während insgesamt 4000 AntifaschistInnen, darunter selbstverständlich viele GewerkschafterInnen, von der Jugend bis zu den SeniorInnen, sich an praktischen Aktionen am Ostbahnhof beteiligten.

In der Kritik des Antifaschistischen Ratschlags hieß es später: »OB Feldmann spricht von einer Kooperation der Kräfte an diesem Tag, die sich gegen die Nazis gestellt hätten. Es wäre gut, wenn es Absprachen zwischen Antifaschistischem Ratschlag und Römerbergbündnis gegeben hätte oder geben würde – wenn es sie überhaupt gäbe und vor allem, wenn es sie mit dem Ziel einer Vertreibung der Nazis aus Frankfurt gäbe. Es gab sie leider nicht. Vielleicht ändert sich das ja künftig. Wir fragen die Leute des Römerbergbündnisses: 5000 Menschen auf dem Römerberg, die gegen Nazis protestieren – hätten sie die NPD vom Ostbahnhof fernhalten können? Kann das das Ziel antifaschistischer Arbeit sein? Was wäre gewesen, wenn z. B. der DGB erklärt hätte: Wir gehen alle zum Ostbahnhof? Und wenn wir die Nazis erfolgreich vertrieben haben, feiern alle zusammen auf dem Römerberg!«

Am Ostbahnhof ging es richtig zur Sache. Dort wurden der Schienenverkehr und Zugangsstraßen zum Kundgebungsort am Danziger Platz blockiert. Als der örtlichen Leitung der Deutschen Bahn die Lage zu mulmig wurde, sperrte sie die Stromzufuhr am Ostbahnhof ab. Damit war den Nazis der Schienenweg nach Frankfurt-Ost versperrt; sie hätten zwar bis zur vorletzten Station – Frankfurt-Mainkur – noch mitfahren können, stiegen aber bereits in Hanau aus dem Zug (s. u.). Ob dies einem ursprünglichen Plan entsprach, ob sie hierzu Anweisungen von höheren Parteifunktionären oder Tipps von der Polizei bekamen, darüber wurde zwar im Nachhinein heftig spekuliert, es konnte aber bislang nicht abschließend geklärt werden.

Kritisiert wurde ebenso die Behauptung Feldmanns, auch die Polizei habe zum »schönen Gelingen des Tages« (Frankfurt 1. Mai? Nazifrei!) beigetragen. Der Ermittlungsausschuss der Antifa veröffentlichte folgende Bilanz: »Drei große Blockadepunkte auf der Hanauer Landstraße, am Danziger Platz und auf den Bahngleisen zwischen Schwedler Brücke und Ostbahnhof verhinderten, dass die Nazis ihren Kundgebungsort erreichen konnten. Dabei wurden die AntifaschistInnen aber mit einem massiven Polizeiaufgebot konfrontiert. In der Hanauer Landstraße zogen mehrere Wasserwerfer und Räumpanzer auf. Auf den Bahnschienen wurden hunderte BlockadeteilnehmerInnen stundenlang gekesselt, Personalienfeststellungen unterzogen und abfotografiert. Dabei kam es im Verlauf des Tages immer wieder zum Einsatz von Pfefferspray, so dass viele DemonstrantInnen mit Augenverletzungen behandelt werden mussten. ... Besonders schwere Verletzungen (Gehirnerschütterung, Verdacht auf Wirbelsäulenverletzung etc.) erlitten darüber hinaus mehrere Personen, die von der Polizei auf den Bahngleisen festgenommen wurden.«

Exkurs: Vorlauf in Bruchköbel

Mit dem Scheitern in Frankfurt war das Problem nun in Hanau angelangt. Hanauer AktivistInnen waren zu dieser Zeit teils in Frankfurt vor Ort, teils hatten sie an der Mai-Kundgebung des DGB teilgenommen und überlegten, noch nach Frankfurt zu fahren. Mit der Ankunft der Nazis wurden sie spontan vor eine Aufgabe gestellt, mit der sie nicht gerechnet hatten, der sie aber auch nicht ganz unvorbereitet gegenüberstanden.

Ein kleiner Exkurs führt jetzt erst mal in den Nachbarort Bruchköbel. Dort wird jährlich am Karfreitag, diesmal der 29. März, der Ostermarsch im Rhein-Main-Gebiet eröffnet. In den letzten Jahren, seit 2005, hatten sich zunehmend Nazis in die Kundgebung gemischt. Als sie dort selbstverständlich auf Ablehnung und Gegenmaßnahmen trafen, erhielten sie Unterstützung durch die Polizei, welche erklärte, dass sie auch das Demonstrationsrecht »opponierender Teilnehmer« durchzusetzen habe. Dies führte zu Diskussionen, in denen OstermarschiererInnen, FriedensaktivistInnen, GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen sich insgesamt in etwa drei Blöcke aufteilten: Die einen sagten, man müsse etwas tun; die anderen rieten zum Gegenteil: ein paar Nazis könne man doch einfach ignorieren; die dritte Position erklärte: wir gehen nicht mehr zum Ostermarsch, wir demonstrieren nicht mit Nazis.

Die zum Handeln Entschlossenen setzten sich schließlich durch und zogen andere mit. Dazu gehörten Gruppen wie die Bündnisse gegen Rechts in Hanau und in Bruchköbel, DIDF (migrantischer Dachverband demokratischer Arbeitervereine), Hanauer Friedensplattform, DGB Südosthessen, Naturfreunde, Pax Christi Gelnhausen, DKP, Die Linke. In der Vorbereitungsphase von fast einem Jahr wurden die notwendigen Aufgaben erledigt: Öffentlichkeitsarbeit, Einübung von Blockadetechniken, juristische Schritte, Finanzierung, Einwerbung von Solidarität insbesondere durch Beteiligung am Antifaschistischen Ratschlag in Frankfurt. Das Konzept ging auf. Zwar scheiterte der Versuch, die Beteiligung der Nazis am Ostermarsch Bruchköbel juristisch verbieten zu lassen, doch am Tag der Kundgebung war der Platz dermaßen voll mit entschlossenen Menschen, dass auch die gegenüber dem Vorjahr noch mal verstärkte Polizei es nicht wagte, das vermeintliche Demonstrationsrecht »opponierender Teilnehmer« durchzusetzen.

Die Aktion in Hanau

Vor dem Hintergrund der oben geschilderten politischen Gesamtlage (NSU-Terror, NPD-Verbotsdiskussion) und gestärkt durch den Erfolg in Bruchköbel gelang es am 1. Mai 2013 auch in Hanau einer großen Zahl von GewerkschafterInnen, jugendlichen Migranten, AntifaschistInnen und AnwohnerInnen, den Nazis deutlich zu machen, dass sie nicht erwünscht seien. Allerdings brauchte es einige Zeit. Erst um ca. 13.00 Uhr wurde am Gewerkschaftsfest am Olof-Palme-Haus bekanntgegeben, dass ca. 150 Nazis am Marktplatz in der Innenstadt eine Kundgebung abhielten (Entfernung etwa 1,5 km).

Erst im Nachhinein wurde bekannt: Die Nazis trafen sich in dieser Zahl im nahegelegenen, nordbayrischen Kahl ca. 11.00 Uhr. Zur gleichen Zeit war Bundespolizei vor Ort, mit anderen Worten: Die Polizei wusste immer, wo sich die Nazis befanden, teilweise übernahm sie logistische Aufgaben. Wahrscheinlich kurz vor 12.00 Uhr bestiegen die Faschos den Zug nach Frankfurt, der jedoch wegen der Stromsperre kurz danach in Hanau anhalten musste. Dazu stieß noch eine Kleingruppe mit dem stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Udo Pastörs, die ihren Kleinbus unvorsichtigerweise am Bahnhofvorplatz stehen ließ, wo er später beschädigt wurde. Vom Hauptbahnhof aus führten die Nazis – ohne jede Polizeibegleitung – eine »spontane« Demonstration zum Marktplatz durch.

Erst als AnwohnerInnen die örtliche Polizei anriefen und vereinzelte AntifaschistInnen die Nazis entdeckt hatten, zeigten sich zunächst ein, dann zwei weitere Streifenwagen, deren Insassen offensichtlich nicht informiert,

sondern deutlich überfordert waren. Die Nazis formierten sich zum Rückmarsch durch die Nürnberger und die Willy-Brandt-Straße zum Hauptbahnhof. Von der Festwiese des DGB kamen, je nach Möglichkeit (Auto, Fahrrad, zu Fuß) antifaschistisch gestimmte GewerkschafterInnen, die zusammen mit migrantischen Jugendlichen, aber zunächst in deutlicher Unterzahl, die Verfolgung aufnahmen. Die Situation war kritisch und führte zu einzelnen Rangeleien. Wie der Regionssekretär des DGB Südosthessen, der ebenfalls dabei war, später erklärte, hätte sehr viel mehr passieren können. Erst an der Ehrensäule stand schwerbewaffnete Bundespolizei bereit, die Nazis einzukesseln und die AntifaschistInnen, die mittlerweile doch zahlenmäßig mindestens gleichgezogen hatten, auf Abstand zu halten. Nach etwa einer weiteren halben Stunde und dem Zuzug weiterer Verstärkung von Polizeikräften wurden die Nazis zum Bahnhof eskortiert und um 14.20 Uhr am Gleis 106 in den Zug nach Kahl gesetzt.

Fazit des Tages

Es hat Selbstkritik unter AntifaschistInnen gegeben, weil die Nazis über längere Zeit (ca. 12.00 bis 13.00 Uhr) unbehelligt durch Hanauer Straßen laufen konnten. Man hätte wissen müssen, dass bei einer so großflächig, nämlich bundesweit angelegten NPD-Demo in Frankfurt Hanau einer der ebenfalls gefährdeten Orte sei (vor zehn Jahren hatte es am Hanauer Hauptbahnhof eine ähnliche Situation gegeben). Dies dürfte übertrieben sein. Ein solcher perfekter, stets wachsamer Selbstschutz ist eine unrealistische Idealvorstellung. Andererseits aber fühlten sich diejenigen bestätigt, die ohnehin meinen, am 1. Mai gehören Hanauer GewerkschafterInnen nach Hanau, auch wenn es in Nachbarorten brennt.

Scharf kritisiert wurde die Haltung der Polizei: »Die Polizei hat fast 200 Nazis erlaubt, ohne jegliche Begleitung durch eine Stadt mit einem hohen Migranten-Anteil zu marschieren, und damit sehenden Auges Menschenleben gefährdet«, kritisierte ein Sprecher des Hanauer Bündnisses gegen Rechts gegenüber der Lokalpresse. Die Verantwortung dafür trage der hessische Innenminister Rhein als oberster Dienstherr der Polizei.

Insgesamt jedoch war die Stimmung am Ende gut. Die spontane Mobilisierung war gelungen. Die Nazis hatten nach ihrem Misserfolg in Frankfurt eine weitere Niederlage kassieren müssen. Die in Hanau im letzten Jahr neu geschaffene Struktur des Bündnisses gegen Rechts hatte – nach Bruchköbel – eine zweite Bewährungsprobe bestanden, auf der weiter aufgebaut werden kann. Das gleiche gilt – im entsprechend größeren Maßstab – für Frankfurt und das gesamte Rhein-Main-Gebiet.

5.5.2013 ■

So war es nicht!

Offener Brief gegen die Ausgrenzung gesellschaftlicher Opposition durch Polizei und Teile der Medien

Wir, politisch und sozial aktive Menschen aus dem Rhein-Main-Gebiet und TeilnehmerInnen der Demonstration des Blockupy-Bündnisses am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main, sehen uns angesichts der Darstellungen der Polizei und ihrer teilweise immer noch unkritischen Verbreitung zu einer Stellungnahme veranlasst. Wir widersprechen den Klischees, wonach die Polizei durch einige »Chaoten«und »Randalierer« gezwungen gewesen sei, Maßnahmen zur Herstellung von öffentlicher Ordnung, Gesetz und Sicherheit zu ergreifen.

Auch wenn sich erfreulicherweise einige Tageszeitungen diesem Tenor nicht anschließen, entsteht vor allem durch Verlautbarungen der Polizei und deren unkritische Verbreitung in Teilen der Öffentlichkeit doch wieder dieses Bild. Aber es entspricht nicht den Tatsachen.Wir, die VerfasserInnen und UnterzeichnerInnen dieses Briefes, haben an unterschiedlichen Orten an der Demonstration teilgenommen und über Stunden das Geschehen direkt verfolgt und teilweise dokumentiert.

Wir halten fest:

– Der »schwarze« Block war bunt.
– Die »Vermummung« bestand vor allem aus Sonnenbrillen und Regenschirmen.
– Der unmittelbare Vorwand der Einkesselung von über 1000 Personen über insgesamt 9 Stunden war das Abbrennen von 3 bengalischen Feuern.
– Der Vorwurf der »passiven Bewaffnung« ist aberwitzig und – wie Urteile aus Berlin bereits zeigen – unendlich dehnbar. Schon der Ausdruck »passive Bewaffnung« verdreht die Tatsachen: ein Styropor-Schild beispielsweise ist ein Schutz, keine Waffe.
– Im Blockupy-Bündnis bestand erklärtermaßen Konsens, dass von den DemonstrantInnen keine Eskalation ausgehen sollte - entsprechend verhielten sich die DemonstrantInnen, und zwar sowohl außerhalb wie innerhalb des Polizeikessels.
– Dagegen war das Verhalten vieler PolizistInnen in hohem Maße übergriffig u. unmittelbar körperverletzend.
– Polizeitrupps sind mehrfach [...] in die stehende Menschenmenge hineingestümt und haben DemonstrantInnen überrannt und niedergeworfen.
– Vor unseren Augen ist Menschen ohne Vorwarnung, ohne Beteiligung an einer Rangelei o.ä. und ohne, dass eine Gefahrensituation vorgelegen hätte, Pfefferspray aus unmittelbarer Nähe direkt ins Gesicht gesprüt worden [...] .
– Vor unseren Augen sind wehrlose DemonstrantInnen misshandelt worden, indem ihnen bspw. der Kopf nach hinten gezogen und Mund und Nase zugehalten worden ist. Einige brachen daraufhin zusammen. Sie sind nur Dank der Initiative von TeilnehmerInnen der Demonstration versorgt worden.
– Vor unseren Augen ist Menschen, die an Armen und Beinen zur Personalienfeststellung davon getragen wurden, von den sie tragenden Polizisten in die Seite und in den Unterleib getreten worden.
– Vor unseren Augen wurde Menschen der Hals verdreht und die Arme verrenkt.
– Vor unseren Augen erhielten Menschen, die sitzenblieben, als sie von der Polizei aufgefordert wurden, aufzustehen, ohne Vorwarnung Faustschläge mit Protektorenhandschuhen ins Gesicht.
– Die so vorgehende PolizistInnen waren vermummt und insgesamt gibt es weder Namens- noch Nummernkennzeichnungen, so dass weder die Betroffenen noch wir als ZeugInnen die Möglichkeit hatten, diejenigen PolizistInnen zu identifizieren, die brutale körperliche Gewalt gegen Personen offenbar für ihre Dienstaufgabe halten. [...]

Foto: Umbruch Bildarchiv

■ SOLIDARITÄT MIT DEM WIDERSTAND IN DEN SÜDEUROPÄISCHEN STAATEN

Der 1. Mai in Berlin

»Die wichtigste Erfahrung für mich war die Revolutionäre 1. Mai Demonstration. Es war eine große Ehre an der Spitze zu demonstrieren und in Berlin gegen die Memoranden/ Spardiktate zu protestieren, dort wo diese Politik geplant und vorbereitet wird. Ein Thema in den vielen Diskussionen, die ich in Deutschland führte, war: Sollen wir der deutschen Regierung oder dem Kapitalismus im Allgemeinen die Schuld geben? Es sind meines Erachtens die beiden Seiten der gleichen Münze – deshalb macht es auch Sinn in Frankfurt zu demonstrieren. Ich hoffe sehr, dass die Blockupy-Proteste in diesem Jahr erfolgreich fortgesetzt werden. Einer der Gesichtspunkte, die ich den deutschen Freunden versuchte zu erklären, war mein Gefühl, dass unsere Regierung nicht mehr in Athen, sondern in Berlin angesiedelt zu sein scheint. Es ist ein sehr unangenehmes Gefühl – vielleicht ähnlich dem, wie sich die Bevölkerung Indiens als Teil des britischen Empire gefühlt haben muss. Die Ideologie der EU als eine Gemeinschaft der Gleichen war niemals wahr, aber ihr Scheitern ist nun ganz offensichtlich.« (Mail von Eurydike Bersi zu den Erfahrungen während ihres Deutschland-Besuches)

Mit der üblichen Verspätung von ca. einer Stunde setzte sich am Abend des 1. Mai der Demonstrationszug in Kreuzberg in Bewegung. Über 15.000 Menschen waren dem Aufruf des Vorbereitungsbündnisses zur Revolutionären 1. Mai-Demonstration gefolgt. Doch anders als in den Vorjahren führte die geplante Demonstrationsroute nicht zurück nach Kreuzberg oder Neukölln sondern endete im Zentrum Berlins. Ziel war die EU-Vertretung in der Hauptstadt, nahe dem Brandenburger Tor. Die Solidarität mit dem vielfältigen Widerstand in den südeuropäischen Ländern war nicht nur eines der politischen Hauptthemen der Demonstration, sondern bestimmte auch die Aufstellung der Demonstrationsblöcke.

Die Spitze des Demonstrationszuges bildete ein internationalistischer Block, in den ersten Reihen die Mitglieder der Delegation aus Athen und Thessaloniki, viele in Berlin lebende Griech_innen sowie zahlreiche oppositionelle Gewerkschafter_innen. Ein Transparent in griechischer Sprache »Gegen Faschismus, Memoranden und staatliche Repression« unterstrich auch für die zahlreichen Pressevertreter und Fotografen noch einmal optisch deren Teilnahme. »Neben dem Bündnisblock, wo Aktivist_innen aus Griechenland, vermummte Autonome und Sympathisant_innen türkischer und kurdischer revolutionäre Organisationen solidarisch Schulter an Schulter liefen, gab es den Klassenkämpferischen Block linker Gewerschaftler und kommunistischer Gruppen, einen Jugendblock linker Jugendorganisationen und Gewerkschaftsjugenden, den Block der Kampagne »Fight Racism Now« zur Unterstützung der selbst organisierten Kämpfe der Flüchtlinge, einen Mieter_innenblock und einen der Berliner Bloccupy Plattform.« (Internetseite der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin/ARAB).

Schon kurz nach Beginn, in der Heinrich-Heine-Straße, schien die Demonstration das in den letzten Jahren übliche Ende zu nehmen. Aus dem schwarzen Block heraus wurde eine Sparkassenfiliale attackiert und es kam am Moritzplatz und in der Oranienstraße immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt. »Kurzzeitig sah es so aus als ob die Polizei wie im Vorjahr die Demonstration stoppen und auseinander prügeln würde. Durch das besonnene und solidarische Handeln der Demonstrationsteilnehmer_innen konnte eine ungeplante Eskalation und ein Auseinanderbrechen des Demonstrationszuges jedoch verhindert werden.« (ARAB) Die Gäste aus Griechenland lernten das bei vielen Demonstrationen übliche Spalier durch die bestens ausgerüsteten Polizeieinheiten kennen, ließen sich davon allerdings nicht beeindrucken. Fast schon symbolträchtig der weitere Verlauf. Die drei Polizeiketten, die im Abstand von 20 bis 30 Metern vor dem Demonstrationszug marschiert waren, stoppten nach den ersten Auseinandersetzungen, drehten sich um und standen nun den Demonstrant_innen frontal gegenüber – offensichtlich der Ver-

such, die Demonstration aufzuhalten. Das misslang – die Demospitze rückte weiter vor, bis für die Polizeiketten der Einsatzbefehl zum Rückzug kam. Die letzten drei Kilometer der Demonstrationsroute mussten die »Hüter von Recht und Ordnung« im Rückwärtsgang zurücklegen – begleitet von dem Sprechchor »Vor der Macht der Reichen werden wir nicht weichen«.

Vor dem Springer-Hochhaus, eine der Zentralen der antigriechischen Propaganda, aber auch der Hetze gegenüber der Revolutionären 1. Mai Demonstration, musste der Zug abbiegen und einen Umweg nehmen. Die ursprünglich beantragte Route war verboten worden. Die Staatmacht war vor der Springerzentrale besonders massiv präsent, unter anderem mit dem neuesten Modell ihrer Wasserwerfer. Mit wechselnden Sprechchören in deutscher und griechischer Sprache unterstrichen die Demonstrat_innen ihre politischen Forderungen und machten sich gegenseitig Mut. Und sie zeigten ihre Begeisterung über die auf der Demonstration entstandene und praktizierte Gemeinsamkeit.

»Unter dem Jubel tausender und unter den Klängen der griechischen Version der »Internationale« und des Partisanenliedes »Bella Ciao« zogen die Demonstrant_innen auf den Boulevard »Unter den Linden« in Sichtweite des Berliner Büros der europäischen Kommission und des Brandenburger Tors. Eine Delegation von Gewerkschaftlern und linken Aktivist_innen aus Griechenland … bedankten sich auf der Abschlusskundgebung für die erfahrene Unterstützung und riefen zu einem gemeinsam Kampf jenseits nationaler Grenzen gegen die Auswirkungen der vor allem von der Merkel-Regierung vorangetriebenen Krisenpolitik. Sie forderten dazu auf den Protest im nächsten Jahr bis vor das Kanzleramt zu tragen, von wo aus sich eine »Spur der sozialen Verwüstung« durch Europa ziehe.« (ARAB)

Rückschau/Nachbetrachtung – der 1. Mai ein Erfolg praktischer internationaler Solidarität

»Irre: Die Chaoten wollen nach Mitte!«, titelte Springers »BZ« nachdem das Bündnis der Revolutionären 1. Mai Demonstration die diesjährige Route beantragt hatte. In den vergangenen Jahren war es der Berliner Presse (bis hin zur TAZ) durch ihre Berichterstattung vor und nach dem 1. Mai immer wieder gelungen, in der öffentlichen Wahrnehmung diesen Tag auf die Gewaltfrage zu reduzieren. Konkrete Forderungen und politische Inhalte der Demonstrationen wurden mit Hilfe der Sensationsmedien der breiten Öffentlichkeit vorenthalten. Erfolg oder Misserfolg – je nach Standpunkt des Betrachters – wurden gemessen an der Höhe der Sachschäden, an der Anzahl Verletzter und Festgenommener. Hunderttausende Euro hat es sich der Senat zudem kosten lassen, um in den vergangenen Jahren aus einem ehemals selbst organisierten Stadtteilfest ein Event zur Ablenkung und zum Besäufnis zu machen – »Brot und Spiele« in Kreuzberg. Die Mai-Demonstrationen der vergangenen Jahre endeten in der Regel lange vor den geplanten Abschlusskundgebungen in den medial beschworenen »Krawallen«.

Womit kaum jemand gerechnet hatte – in diesem Jahr gelang es tatsächlich die Demonstration geordnet nach Mitte zu führen. Ein Erfolg, durch den die mediale Inszenierung und Reduzierung auf die »Gewaltfrage« durchbrochen wurde. Die politische Ausrichtung und die entsprechende Wahl des Demonstrationszieles, die EU-Vertretung unter den Linden, hat dazu ebenso beigetragen wie der internationalistische Block und die optische Präsenz der Teilnehmer_innen aus Griechenland an dessen Spitze.

Dabei fiel die Entscheidung, dass die griechischen Gäste die Spitze der Demonstration bilden sollten, relativ kurzfristig vor dem 1. Mai. Bemerkenswert, dass es einer Handvoll von Leuten – ohne eigene Partei oder Organisation im Rücken – gelungen ist, innerhalb kurzer Zeit den Block für die Demospitze aufzustellen. Eingeladen waren die Gäste aus Griechenland von der »Solidaritäts-Reisegruppe«, die im September 2012 mit 16 Kolleg_innen Athen und Thessaloniki besucht hatte. Die Griechenland-Reisegruppe war de facto eine »Einheitsfront im Miniformat«. In ihr hatten sich Vertreter_innen aus unterschiedlichen Branchen, Gewerkschaften oder sozialen Initiativen – durchaus auch mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen – zusammengefunden. Aus Berlin dabei waren Aktivist_innen aus der IG Metall (Arbeitskreis Internationalismus), aus ver.di und vom Aktionsausschuss 100% S-Bahn, dem Kolleg_innen der beiden Bahngewerkschaften angehören.

Zum Selbstverständnis der Reisegruppe gehörte es, sich nicht als Vertreter gewerkschaftlicher Gremien und Vorstände zu begreifen oder sich vor den Karren einer Partei oder politischen Strömung spannen zu lassen. Was die Mitglieder der Reisegruppe verband, war die gemeinsame politische Zielsetzung der Reise. Die Teilnehmer_innen wollten sich selbst ein Bild von den sozialen Verwüstungen machen, um darüber in Deutschland zu berichten. Sie wollten in Griechenland ein praktisches Zeichen der Solidarität setzen und nach gangbaren Möglichkeiten und Wegen der internationalen Zusammenarbeit suchen. Aus dem Besuch in Athen und Thessaloniki erwuchs die Einladung zum Gegenbesuch. Der 1. Mai schien das beste Datum um die gemeinsamen Klasseninteressen zum Ausdruck zu bringen und den griechischen Kolleg_innen und Aktivist_innen ein möglichst breites Forum zu verschaffen. Das ist auf der Revolutionären 1. Mai-Demonstration gelungen.

Foto: Umbruch Bildarchiv